

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schredt-Konto Hannover Nr. 570 18
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementpreis d. Voten vierteljährl. 3.— M., d. die Post 3,60 M., Einzel-Nr. 50 Pfg.
Anzeigen: Die 25 mm breite mm-Zeile od. deren Raum 40 Pf. Platzvorschläge ausgeschlossen



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bodum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bodum i. W., Wiemelhäuser Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: Allverband Bodum

Die Magdeburger Verbandstagung.

Anschließend an das Referat Hufemanns berichtete Kamerad Walle über

Arbeitszeit- und Lohnfragen.

Wir entnehmen seinen Ausführungen:

Löhne.

Es würde zu weit führen, die seit dem 1. Januar 1926 eingetretenen Veränderungen aller Lohnsätze zu erörtern. Ich muß da auf unsere Jahrbücher von 1926 und 1927 verweisen. Ende des Jahres 1927 hatten wir 60 Tarifverträge. Diesen unterstanden in 1096 Betrieben ca. 700 000 Arbeiter. Für die größten Reviere — ich kann nur einige nennen — gestaltete sich die Lohnentwicklung folgendermaßen:

Im Ruhrrevier haben in der Berichtszeit zwei reguläre Lohnbewegungen stattgefunden. Beide endeten mit einem Erfolg. Die Löhne wurden erhöht am 1. September 1926 um durchschnittlich 30 Pf. und am 1. Mai 1927 um durchschnittlich 45 Pf. pro Mann und Schicht. Insgesamt beträgt also die Lohnerhöhung für das Ruhrrevier durchschnittlich 75 Pf. pro Mann und Schicht in den Jahren 1926 und 1927. Dazu kommt die am 1. Mai 1928 abgeschlossene Lohnbewegung, welche mit einer Lohnerhöhung um 60 Pf. endete. Die Löhne haben sich demnach seit dem 1. Januar 1926 um durchschnittlich 1,35 M. pro Mann und Schicht erhöht.

Die Lohnerhöhungen in den übrigen Steinkohlenrevieren sind annähernd um denselben Prozentsatz erfolgt, und zwar im Aachener Revier in drei Lohnbewegungen bis zum 1. Mai 1927 um 1 M. und 50 Pf. 1. Juni 1928.

In Sachsen in drei Lohnbewegungen bis zum 1. Mai 1928 um 0,91 M., in Oberschlesien in drei Lohnbewegungen bis zum 1. Juni 1927 um 0,72 M. (am 1. Juni 1928), in Niederschlesien in vier Lohnbewegungen bis zum 1. April 1928 um 2,17 M., in Niedersachsen in drei Lohnbewegungen bis zum 1. Mai 1928 um 0,75 M., in Söbdenbüren in zwei Lohnbewegungen bis zum 1. Juni 1927 um 0,40 M., im Saarrevier in drei Lohnbewegungen bis zum 16. Oktober 1928 um 1,17 Frank.

Bei Aufrechterhaltung des Saarreviers, dessen wirtschaftliche Entwicklung unter der Ägide der politischen Verhältnisse zu leiden hat, ergibt sich für den deutschen Steinkohlenbergbau ungefähr folgende Berechnung für die seit dem 1. Januar nach den tariflichen Abschlüssen erfolgten Lohnerhöhungen:

Söbdenbüren und Niedersachsen für 6304 Arbeiter eine jährliche Lohnerhöhung von 1 418 000 M., Niederschlesien für 27 929 Arbeiter = 15 168 000 M., Oberschlesien für 51 365 Arbeiter = 18 799 500 M., Sachsen für 24 610 Arbeiter = 6 718 500 M., Aachen für 21 336 Arbeiter = 9 601 000 M., Ruhr für 400 000 Arbeiter = 162 000 000 M. Für die Steinkohlenreviere insgesamt 213 705 000 Mark. Aber auch in den übrigen Branchen des Bergbaues konnten wir nennenswerte Lohnerhöhungen erzielen. Wenn es auch nicht immer ohne Zugabe des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels gelang.

Besonders hartnäckig zeigten sich die mitteldeutschen Braunkohlenunternehmer. Sie glaubten anscheinend, daß die Zeiten von 1923-24 ewig unveränderlich sind. Inzwischen sind sie eines Besseren belehrt worden. Trotz Stahlfabrik, Werkverein und Ordensverteilung traten unsere Kameraden geschlossen in den Streik. Der Streik wurde, dank der mustergültigen Disziplin unserer Kameraden, mit einem vollen Erfolg beendet. Er brachte uns für ca. 73 000 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 11,54 Prozent oder ungefähr 60 Pf. pro Mann und Schicht. Insgesamt wurden in zwei Lohnbewegungen 0,78 M. Lohnerhöhungen pro Mann und Schicht erzielt.

Auch in Köln und Aachener Braunkohlenrevier konnten wir eine Steigerung der Löhne um 0,63 bzw. 0,51 M. erzielen. Wir haben auch nichts unversucht gelassen, die Löhne in den kleinen und in den sogenannten notleidenden Revieren den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu verbessern. Sie können das aus unserer Aufstellung in den Jahrbüchern für 1926 und 1927 ersehen.

Für die 21 000 Arbeiter in der Kaliindustrie konnten wir teils durch Schiedsspruch, teils durch freie Vereinbarung in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 1. Juni 1928 eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,10 M. pro Mann und Schicht erwirken.

Nach unseren vorläufigen Berechnungen dürften sich die Gesamtlohnerhöhungen für alle den Tarifverträgen unterstehenden Arbeiter im Bergbau seit dem 1. Januar 1926 bis zum 1. Juni 1928 auf jährlich 250 Millionen Mark belaufen.

In den Rahmen der Lohnpolitik fallen auch unsere Bemühungen um die Ausgestaltung des Lohnurlaubs, des Urlaubs für Jugendliche und die Sicherung des Mindestlohnes. In mehreren Revieren konnten wir auf diesen Gebieten Verbesserungen erzielen. Eine Vermehrung der Urlaubstage gegen den Stand von 1925 ist in der Kaliindustrie erfolgt. Den Urlaub für Jugendliche haben wir an der Ruhr, in der Kaliindustrie, im Braunkohlenrevier und in einigen anderen Revieren erstmalig in der Berichtszeit erwirken können. Die Mängel der jetzigen Bestimmungen sind uns bekannt. Auch wir sind der Auffassung, daß den jungen Arbeitern ein hinreichender Schutz gegen Lebens- und Gesundheitsgefahren gewährt werden muß. Dazu reichen die jetzigen Bestimmungen nicht aus. Die Sicherung eines Mindestlohnes dürfte inzwischen jetzt in allen Revieren erfolgt sein. Der unheilbare Zustand, daß Lauer mit 3 bis 4 Mark bei schwerer Arbeit eine ganze Schicht verfahren mußten, ist endgültig beseitigt.

Arbeitszeit.

Zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit werden wir auf den allerhöchsten Widerstand stoßen. Nicht nur bei den Unternehmern. Auch eine Anzahl Behördenvertreter stellt dieser Frage — leider muß das einmal ausgesprochen werden — sozial

völlig gefühllos gegenüber, ja zum Teil erfahren die Pläne der Reaktionen im Bergbau noch direkte Unterstützung von den Behörden. Wir werden, das kann den Kameraden in den Betrieben nicht eindringlich genug gesagt werden, hier nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sein.

So schwer es auch war, es ist uns doch gelungen, für eine große Anzahl Arbeiter Arbeitszeitverkürzungen in der Berichtszeit durchzusetzen. Im Aachener und ober-schlesischen Steinkohlenrevier hatten wir noch die 8 1/2 stündige Arbeitszeit unter Tage. Die Arbeitszeitbewegung im Aachener Revier endete mit einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage um eine Viertelstunde. Das Aachener Revier dürfte als einziges noch die 8 1/2 stündige Arbeitszeit haben. Es muß aber auch einmal offen ausgesprochen werden, daß in diesem Revier die Organisationsverhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen. Ich wollte nur damit andeuten, wo der Hebel anzusetzen ist, um auch dort weiter vorwärts zu kommen. In Oberschlesien, wo 1914 noch bis zu zehn Stunden unter Tage gearbeitet wurde, hatten wir seit 1923 bis zum 1. März 1927 die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Mit dem Erstarren der Organisation im ober-schlesischen Steinkohlenrevier war für uns der Zeitpunkt gekommen, nimmere einen energischen Vorstoß gegen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit zu unternehmen. Es gelang uns zunächst in zwei Stappen eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage konnte in den Tiefbauabteilungen der mitteldeutschen Braunkohle erzielt werden. Hier wurde die Arbeitszeit ausschließlich der Zu- und Abgänge zum Arbeitsort berechnet. Dieser Zustand ist beseitigt. Dadurch verkürzt sich die Arbeitszeit um durchschnittlich 20 Minuten je Schicht. Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit für unter Tage beschäftigte Arbeiter fanden statt: im kaberischen Braunkohlenbergbau und auf der Bergfreibeitgrube um eine Viertelstunde sowie im Lauterberger Warthbergbau um eine Stunde je Schicht.

Von der Verkürzung der Arbeitszeit für Untertagebetriebe wurden insgesamt 70 895 Arbeiter betroffen. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt täglich 20 300 = jährlich 8 808 000 Arbeitsstunden.

Das Ziel der Unternehmer im Bergbau war bekanntlich, die zehnstündige Arbeitszeit und die zwölfstündige Schichtzeit als Mindestgrenze für die Arbeiter über Tage beizubehalten. Von vereinzelten Ausnahmen abgesehen ist diese Grenze von uns in allen größeren Revieren durchbrochen. Wenn wir das abgesteckte Ziel, die Erlangung der achtstündigen Arbeitszeit über Tage noch nicht erreicht haben, so dürfen Sie die auf dem Wege liegenden Hemmnisse nicht bei uns suchen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie es mit der Organisation gerade der Liebertagearbeiter aussieht.

Unsere Erfolge — ich betone das nochmals — werden sich immer nur nach den organisatorischen Machtverhältnissen einschätzen lassen. Auch unsere Kritiker mögen das nicht vergessen. Ich kann auch hier nicht alle Einzelheiten aufzählen. In den größeren Revieren traten folgende Änderungen in der Arbeitszeit ein:

Ruhrrevier: Anstatt der zehnstündigen Arbeitszeit beträgt dieselbe in nicht durchgehenden Betrieben seit dem 1. April 1927 9 Stunden; eine weitere Verkürzung um eine Stunde, also von 10 auf 9 Stunden tritt auch für die Arbeiter in durchgehenden Betrieben am 1. August 1928 in Kraft. Seit dem 1. Mai d. J. ist in den genannten Betrieben bereits die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt. Für einige Arbeiterkategorien ist bereits die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Von der zwölfstündigen Schichtzeit sind wir für alle Arbeiter an der Ruhr herunter. Die längste Schichtzeit beträgt 10 Stunden. Von der Arbeitszeitverkürzung an der Ruhr werden ca. 66 000 Arbeiter erfaßt. Die Verkürzung beträgt für jeden Arbeiter mindestens eine Stunde.

In Aachen, Oberschlesien, Niederschlesien sowie in mehreren anderen Revieren konnten wir für die Arbeiter über Tage Verkürzungen der Arbeitszeit bis zu einer Stunde je Schicht herbeiführen. Von der Verkürzung der Arbeitszeit im gesamten deutschen Bergbau wurden 186 351 Arbeiter erfaßt. Die nach unseren Berechnungen eingetretene tägliche Arbeitszeitverkürzung für den gesamten Bergbau über Tage beträgt 135 350 Arbeitsstunden oder jährlich 10 605 000 Stunden. Dazu kommen die 8 808 000 Stunden für die Liebertagearbeiter, so daß insgesamt eine Arbeitszeitverkürzung im Bergbau auf das Jahr berechnet von 19 413 000 Stunden zu verzeichnen ist. Ich habe vorhin erklärt, daß uns das Ergebnis noch nicht befriedigt. Wir glauben jedoch mit vollem Recht sagen zu können: im Rahmen der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und mit den verfügbaren Kräften alles getan zu haben, was überhaupt in der Arbeitszeitfrage getan werden konnte. Bei der Beurteilung unserer Arbeit, darum möchte ich Sie bitten: lassen Sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht aus dem Auge, beachten Sie auch die gegenseitigen Machtverhältnisse. Nur so können Sie zu einer objektiven Würdigung unserer mühseligen Arbeit gelangen.

Schlichtungswesen.

Es ist Tatsache, daß wir die Schlichtungsinstanzen wiederholt in Anspruch genommen haben, das haben auch andere Organisationen getan und nicht etwa nur, wie man aus den außerordentlich schweren Vorgehen der Organe der Unternehmer, besonders der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ schließen könnte, die Arbeitnehmerorganisationen. Die Industriellen haben es ausgezeichnet verstanden, ebenfalls die Schlichtungsinstanzen in Anspruch zu nehmen. Wir glauben sehr wohl, daß sie dieselben mindestens so oft angerufen haben wie die Arbeitnehmerorganisationen. Das Geschrei der Arbeitgeber gegen die Zwangswirtschaft, also gegen das Schlichtungswesen erhält durch die Feststellung dieser Tatsache einen ganz anderen Ton.

Über auch aus den Kreisen der Arbeiter erheben sich Stimmen gegen das Schlichtungswesen. Es soll gar nicht bestritten werden, daß in manchen Fällen der Schlichter die Situation nicht richtig beurteilt, das kann natürlich passieren. Wenn es jedoch wiederholt passiert und der falschen Einstellung des Schlichters entsprechend ein Spruch gefällt wird, dann muß der Glaube an die Objektivität des Schlichters erschüttert werden. Beispielsweise haben wir in Hannover zum wiederholten Male für den Sarger Erzbergbau Schiedssprüche bekommen. Einige dieser Schiedssprüche konnten dann in den Nachverhandlungen, und zwar zugunsten der Arbeiter korrigiert werden. Wenn sich aber ein Schlichter dauernd korrigieren lassen muß, wie das eben in Hannover — und nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Revieren — tatsächlich der Fall gewesen ist, dann muß der Zweifel gegen die richtige Einstellung des Schlichters oder gegen sein objektives Urteil in wirtschaftlichen Fragen entstehen.

Aber wir haben auch andere Erfahrungen gemacht. Sie bewiesen uns, von Einzelheiten abgesehen, daß im großen und ganzen genommen die Schlichtungsinstanzen zur Verhinderung unnötiger Konflikte und damit zur Verhinderung überflüssiger Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens sehr stark beigetragen haben. Ich weiß, das paßt einer Anzahl Personen und Organisationen nicht. Ihre Verantwortlichkeit dem Wirtschaftsleben gegenüber ist mindestens nicht sehr groß. Die Angriffe auf das Schlichtungswesen erfolgen sehr oft zu dem ausgesprochenen Zweck, eine ruhige Entwicklung der Wirtschaft zu verhindern. Sie erfolgen auch nicht einseitig, sondern sie kommen aus dem Lager sowohl der Arbeiter wie auch der Unternehmer. Ich erinnere an die heftigen Angriffe in der „Roten Fahne“, im „Ruhr-Ges.“ und anderer kommunistischer Organe auf das Schlichtungswesen. Es vergeht fast kein Tag, an welchem in den schon genannten Organen nicht gegen das Schlichtungswesen vom Leber gegossen wird. Ich kann es mir ersparen, Zitate hier anzuführen. Die Einstellung der kommunistischen Presse zum Schlichtungswesen ist ja allgemein bekannt.

Aber ebenso scharf wie die kommunistische Presse schreiben auch die Unternehmerzeitungen gegen die Schlichtungsinstanzen. Genau so wie die kommunistische Presse, nur noch in unfähigerem Tone, geht beispielsweise die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, also das Organ der Bergwerksunternehmer, fast täglich gegen das Schlichtungswesen vor.

Beseitigung der Gemeinwirtschaft in der Kohle und Beseitigung der Schlichtungsinstanzen, Freiheit, oder besser gesagt: Selbstbestimmung in der Preisfrage, Freiheit, oder besser gesagt: Selbstbestimmung oder Willkür in der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Mit der Forderung auf Beseitigung der Schlichtungsinstanzen verbindet die „D. Bergw.-Ztg.“ auch gleichzeitig die Forderung auf Beseitigung der Tarifverträge überhaupt. Wie sich bei Erfüllung dieser Forderung das deutsche Wirtschaftsleben gestalten müßte, davon schweigt die „D. Bergw.-Ztg.“ Sollte sie vielleicht noch immer ihren im Jahre 1915 vertretenen Standpunkt, nach welchem Tariffragen Machtfragen sind, aufrecht erhalten? Das könnte doch nichts anderes bedeuten, als den härtesten Kampf mit dem härtesten gewerkschaftlichen Mittel der Arbeiter in der Bergwerksindustrie gegen die Bergwerksunternehmer. Das würde und müßte auf die dauernde Beunruhigung der Bergwerksindustrie hinauslaufen. Diesen Wunsch können wir tagtäglich auch an anderen Stellen ausgesprochen finden.

Aber nicht nur die kommunistischen und die Unternehmerorgane reiten gemeinsam scharfe Altaden gegen das Schlichtungswesen. Zu ihnen gesellt sich noch ein dritter „Kämpfer“, das sind die gelben Werkvereine. In ihrer Nummer vom 2. Juni d. J. bringt die „D. Bergw.-Ztg.“ einen Bericht von dem in Dortmund abgehaltenen Verbandstag der rheinisch-westfälischen Arbeiter- und Werkvereine. Sie drückt eine auf dem Verbandstag der Werkvereine angenommene Entschließung ab. In dieser heißt es unter anderem:

„Der Verband erblickt in dem ganzen Vorgang im Ruhrbergbau lediglich einen weiteren Versuch, den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Arbeiterkraft zu stärken und den Druck auf die Privatwirtschaft des Ruhrkohlenbergbaues mit Hilfe der staatlichen Organe noch weiter zu verschärfen. Dabei ist der Zweck dieses Vorgehens klar ersichtlich, der darin besteht, den Ruhrkohlenbergbau den gewerkschaftlichen Sozialisierungs- — sogenannten planwirtschaftlichen — Bestrebungen gefügiger zu machen.“

Die bisherigen Erfolge der Gewerkschaften auf diesem Gebiete lassen erkennen, daß es Rücksichten auf die Arbeiter und ihre Familien bei solchen Maßnahmen nicht gibt. So wird auch jetzt keine Rücksicht darauf genommen, daß der Schiedsspruch Zehntausende von Arbeitern um Lohn und Brot bringt und diese mit ihren Familien den Nomaden dabei überantwortet werden ...“

Das klingt direkt gruselig. Wir also, die Gewerkschaften, haben die Arbeiter um Lohn und Brot gebracht! Wie muß sich in den Köpfen solcher Arbeiter die Welt widerspiegeln! Ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft, um nur ein Beispiel anzuführen, werden im Kaliberbau 250 Kalischächte abgeteuft, Hunderte von Millionen Mark werden völlig nutzlos verpulvert. Milliarden von Tonnen Kalisalzen sind durch das Wüten von 200 überflüssigen Schachtanlagen dauernd in Gefahr gebracht. Jetzt sind von den 250 abgeteuften Kalischächten annähernd 200 stillgelegt und die Produktionskapazität der noch im Betrieb befindlichen Kalinwerke übersteigt trotzdem noch bei weitem die Bedarfsdeckung. Zehntausende von Arbeitern müßten infolge dieser Wirtschaftspolitik entlassen werden. Laufende Geschäftskonten sind durch die Maßnahmen in der Kaliindustrie an den Bettelstab gebracht, Hunderte blühender Gemeinden selbst vollständig ruiniert. Das sind die Folgen des so viel gepriesenen freien Spiels

in der Bergbauwirtschaft. Wenn auch nicht in dem Umfange, so haben doch auch in der Steh- und Braunkohlenindustrie erhebliche Stilllegungen stattgefunden. Nicht etwa der hohen Lohnkosten wegen, sondern lediglich zu dem Zweck der Veranschulung größerer Gewinne.

Ob die in der Vergangenheit begangenen Taten der Bergbauunternehmer dazu ausreichen, ihnen die Freiheiten, von denen sie wirklich keinen Gebrauch gemacht haben, wieder zurückzugeben, dürfte denn doch weit über die Kräfte der Arbeiterschaft hinaus stark in Zweifel gezogen werden. Aber das nur nebenbei. Wir sehen als Bundesgenossen gegen das Schlichtungswesen die Unternehmer, die gelben Verbände und die Kommunisten. Sollte das nicht jeden Arbeiter bedenklich stimmen? Sollte das uns nicht zu der Überzeugung bringen, daß für uns wirklich keine Veranlassung vorliegt, in dieses Wesen mit einzustimmen? Wir sind deshalb der Auffassung, daß aus rein wirtschaftlichen Bedenken herab, trotz unserer grundsätzlichen Einstellung, nach welcher die Gestaltung der Löhne und Arbeitsverhältnisse dem Messen beiderseitiger Kräfteverhältnisse vorbehalten bleiben soll, im gegenwärtigen Augenblick an einen Abbau des Schlichtungswesens nicht gedacht werden kann. Wir würden es begrüßen, wenn von allen Kreisen die Beurteilung der Wirtschaft- und Sozialpolitik von einem so vernünftigen Standpunkt aus erfolgte, damit das Schlichtungswesen sich selbst erbringt. Davon ist leider noch sehr wenig zu spüren.

In der

Nachmittagsitzung

wurde zunächst dem Kameraden Wittner das Wort erteilt zu dem **Rassenbericht.**

Einnahme.

Trotzdem unsere Bewegung in der Berichtszeit gegen sehr viel Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, haben wir eine erhebliche Steigerung der Einnahme zu verzeichnen. Die Steigerung der Beitragseinnahme ist erfreulicherweise nicht nur auf die im Anschluß an die Lohnerhöhungen eingetretene Beitragserhöhung zurückzuführen, sondern auch auf einen Mitgliederzuwachs, zum andern aber auch auf das immer stärker in Erscheinung tretende Verschwinden von Restanten. Die in der Vorkriegszeit sonst vorhandene Zahl von Restanten, die im Durchschnitt ca. 15 Prozent betrug, hat sich in den letzten Jahren ziemlich verringert, was gleichfalls als Fortschritt zu bezeichnen ist.

Die Gesamteinnahme, die in den Jahren 1924 und 1925 9 760 000 M. betrug, steigerte sich für die Berichtszeit 1926-27 auf 10 268 000 M. Die Mehreinnahme ist fast ausschließlich auf die Mehreinnahme von Beiträgen zurückzuführen.

Die reine Beitragseinnahme betrug 1924 und 1925 7 808 000 Mark, für die Berichtszeit 1926-27 aber 8 914 000 M. Die Mehreinnahme an Beiträgen beträgt mithin 1 106 000 M. Dieser Fortschritt hat ebenfalls im Jahre 1928 angehalten. Das 1. Vierteljahr 1928 weist gegenüber dem 1. Vierteljahr 1927 an Beiträgen eine Mehreinnahme von ca. 200 000 M. auf. Dieser Fortschritt ist uns so erfreulich, weil er in einer Zeit erfolgte, in der der Verband und seine Leitung in einer so gefährlichen Weise bekämpft wurde, wie wir es in der ganzen Gewerkschaftsbewegung wohl noch nie zu verzeichnen gehabt haben. Wir haben also trotz Verringerung der Belegschaften, trotz des eifrigsten Kampfes gegen die Gewerkschaften und besonders gegen den Verband diese sehr beachtliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen.

Zu wünschen bleibt nur, daß alle Kameraden und vor allen Dingen die Nichtorganisierten aus diesem Fortschritt die richtigen Schlüsse ziehen, damit bis zur nächsten Generalversammlung leicht das Doppelte und Dreifache des diesmaligen Fortschritts zu verzeichnen ist. Daß die Werkkraft für den Verband und damit das Vertrauen der Bergarbeiter zum Verband selbst wieder gewonnen hat, ist zum Teil aus der Höhe der vereinnahmten Beitragsgelder ersichtlich. Die Einnahme aus Eintrittsgeldern betrug 1924 und 1925 48 000 M., für die Berichtszeit 1926 und 1927 aber 71 000 M.

Weiter gestiegen ist die Einnahme aus Extrabeiträgen, Sammelgebühren usw. Die Einnahme dafür betrug für die Berichtszeit 555 000 M. Mitenthalten in diesem Betrage ist die Abgabe der Bezirke aus Bezirksstellenbeständen, die laut Beschluß der Reichskonferenz in Berlin zur Beilegung der Unterstützung für den mitteldeutschen Streik abgeführt werden mußten.

Der Zunahme unseres Vermögens entsprechend hat die Einnahme an Zinsen gleichfalls eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Einnahme dafür betrug 1924-25: 215 000 M., für die Berichtszeit 1926-27 aber 313 000 M. Wenn die Einnahme an Zinsen nicht noch höher ist, dann darum, weil wir ja immer einen bestimmten Teil unserer Barbestände nur kurzfristig anlegen können, wobei natürlich ein ganz erheblicher Zinsverlust nicht zu vermeiden ist.

Eine weitere Einnahme von ca. 100 000 M. hatten wir in der Berichtszeit aus den nunmehr reiflos aufgewerteten Papiermarkenlagen zu verzeichnen, die mit Abschluß der Inflation auf den Banken und Sparkassen einlagen. Bekanntlich hatten wir mit Abschluß der Inflation noch ca. 90 Mill. M. Papiermarken Guthaben, wovon bis zur letzten Generalversammlung nur die Aufwertung durch die Genossenschaften erfolgt war. Erst durch die späteren gesetzlichen Aufwertungsmaßnahmen erfolgte nunmehr auch die Aufwertung der vorgenannten Beträge auf den Banken. Von den ca. 100 000 M. Aufwertung erscheinen im Abschluß 1927 58 000 M., während der Rest, der später einging, im Jahresabluß 1928 in Erscheinung tritt. Der Aufwertungsprozeß dürfte damit abgeschlossen sein und die Gesamtsumme für Aufwertung ungefähr 700 000 M. betragen. In Abzug zu bringen sind davon vielleicht 30 000 M., die uns zur Aufwertungshypotheken auf die während der Inflationszeit gekauften Grundstücke eingetragen wurden.

Erstmalig haben wir in der Berichtszeit für ein Jahr die Einnahme für Druckfaden und Mieten in Erscheinung gebracht, um zu zeigen, wie hoch der Umsatz von Druckfaden an die Bundesmitglieder ist und wie hoch sich die Einnahme aus unseren Grundstücken für Mieten beläuft. Die Gesamteinnahme an Mieten betrug für die Berichtszeit ca. 213 000 M., die reine Einnahme der Hauptkasse nach Abzug der Steuern und sonstigen Ausgaben 46 000 M. Die reine Einnahme aus Mieten erscheint im Jahre 1926 unter „Diverse Einnahme“, im Berichtsjahr 1927 unter der direkten Bezeichnung.

Die reine Einnahme erhöht sich um die Beträge, die die Firma S. Hansmann & Co. für die von ihr vermittelten Grundstücke an Zinsen zahlt und um die Streueinnahme aus einigen Grundstücken, die zum Teil aus bezirklichen Mitteln beschafft wurden, wofür den Bezirken auch die Einnahme an Mieten verbleibt.

Unter „Diverse Einnahme“ erscheinen in der Hauptkasse die am Jahresabluß vorher reifgeschriebenen Abrechnungsbeträge usw.

Ausgabe.

Die gleiche Steigerung wie die Einnahme hat in der Berichtszeit auch die Ausgabe erfahren. — Der Gesamtausgabe von 10 268 000 M. steht eine Gesamteinnahme von 8 115 000 M. gegenüber. Anstatt der Minderung der Ausgabe für Vergütung an Bezirke und Zahlstellen ist eine geringe Steigerung eingetreten, trotzdem auf der Generalversammlung in Saarbrücken eine Herabsetzung der Bezirksvergütung von 25 auf 20 Prozent erfolgte. Die Ausgabe betrug 1924-25 2 855 000 M., in der Berichtszeit

2 985 000 M.). Die Mehrausgabe ist zurückzuführen einmal auf die Beitragssteigerung und zum andern darauf, daß noch immer ein Teil Bezirke vorhanden ist, die noch 25 Prozent Bezirksvergütung bekommen.

Unter Beachtung der gestiegenen Ausgabe für Vergütung aus der Hauptkasse und des zugenommenen Vermögensbestandes in den Bezirken und Zahlstellen muß es möglich sein, bei der Statutberatung der vom Vorstand beantragten Herabsetzung der Bezirksvergütung von 20 auf 15 Prozent zuzustimmen.

Die Ausgabe für Agitation, Konferenzen und Generalversammlungen hat im Gegensatz zu 1924-25 eine Verminderung erfahren. Die Ausgabe betrug 1924-25 217 789 M., für die Berichtszeit aber nur 218 301 M.

Eine weitere Steigerung hat die Gesamtausgabe für Unterstützungsarbeiten erfahren. Die Gesamtausgabe für die Berichtszeit betrug 3 418 799 M., in den Jahren 1924-25 aber nur 3 110 262 M. Auf die einzelnen Unterstützungsarten verteilt sich die Ausgabe folgendermaßen: Streikunterstützung 569 191 M., Arbeitslosenunterstützung 1 244 875 M., Genesungsunterstützung 14 178 M., Krankenunterstützung 1 440 421 M. und an Sterbegeld 160 131 M., zusammen also 3 418 799 M.

Bewegungen, wofür Streikunterstützung zu zahlen war, waren nur kleinere Streiks im Herbst 1927, die ebenfalls nach acht Tagen beendet waren und wofür nur eine Woche Unterstützung gezahlt zu werden brauchte.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ist in ihrer Endsumme fast so hoch wie in den Jahren 1924-25, was darauf zurückzuführen ist, daß die Unterstützung für die ganze Berichtszeit in voller Höhe gezahlt wurde, während für die Berichtszeit der Jahre 1924-25 die Arbeitslosenunterstützung bis Ende 1924 nur in halber Höhe zur Auszahlung gelangte. Trotzdem in der Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung ein geringer Rückgang zu verzeichnen ist, ist die geldliche Belastung noch immer recht stark. Zu hoffen und zu wünschen bleibt, daß das Kapitel „Arbeitslosigkeit“, unter der nicht nur die Bergarbeiter, sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahren zu leiden hatte, recht bald für immer verschwindet und besseren wirtschaftlichen Verhältnissen Platz macht.

Gewaltig gestiegen ist die Ausgabe für die Krankenunterstützung. Die Ausgabe dafür betrug 1924-25: 761 693 M., für die Berichtszeit 1926-27 aber 1 440 421 M. Die Steigerung beträgt 80 Prozent. Die Mehrausgabe ist zur Hälfte auf die Erhöhung der Krankenunterstützung durch die Generalversammlung in Saarbrücken zurückzuführen, zum andern aber auch auf die längeren Krankheitszeiten der Mitglieder, wie sie ja auch in den Zahlen verschiedener Bezirkskrankenkassenvereine zum Ausdruck kommen.

Die Ausgabe für Genesungsunterstützung, die 1924-25 51 526 M. betrug, hat sich für die Berichtszeit auf 14 178 M. vermindert, während die Ausgabe für Sterbegeld von 160 131 M. in 1924-25 auf 160 131 M. in der Berichtszeit gestiegen ist.

Eine geringe Verminderung ist eingetreten in der Ausgabe für Rechtschutz, und zwar von 84 000 M. in 1924-25 auf ca. 70 700 Mark in der Berichtszeit.

Die Ausgaben für Bildungszwecke, die in 1924-25 100 000 M. betrug, belief sich in der Berichtszeit auf 75 342 M.

Die wirkliche Ausgabe für beide Positionen ist natürlich höher. Erfasst sind in den vorgenannten Summen nur die direkten Ausgaben, während weitere Ausgaben für diese Zwecke in den Posten Druckfaden, Verwaltung (sächlich), Verwaltung (persönlich) und Diverse enthalten sind. Gewöhnlich werden alle Ausgaben in den Bezirken für die Rechtschutzsekretäre und für alle die Angestellten, die neben ihrer Tätigkeit im Bezirk tage- und wochenweise Rechtschutz erteilen, unter dem Posten Verwaltung (persönlich) verbucht, die zum Teil aber unter der Position Rechtschutz in Erscheinung treten müßten. Dasselbe trifft natürlich für Beschaffung von Material, Druckfaden usw. zu, die aber zum größten Teil unter der Position Druckfaden und Verwaltung (sächlich) erfasst sind.

Für die Herstellung unserer Verbandsorgane, für Druckfaden und Porto wurden in der Berichtszeit 680 000 M. ausgegeben. Die Ausgabe in der vorhergegangenen Berichtszeit 1924-25 betrug 604 000 M. Die Mehrausgabe ist zum Teil auf die im Jahre 1927 eingetretene Portoverhöhung zurückzuführen, die den Zeitungsvorstand, soweit das Porto in Frage kommt, um ca. 100 Prozent verteuerte, den übrigen Verband von Briefen und Postfaden vielleicht um 50 Prozent.

Der übrige Teil der Mehrausgabe ist zurückzuführen auf die in der Berichtszeit eingetretenen Lohnerhöhungen für das technische Personal und auf eine geringe Verteuerung des Papiers. Die Ausgabe für Verwaltung persönlich und sächlich, Sozial- und Bundesbeiträge belief sich in der Berichtszeit auf 478 648 Mark. 1924-25 wurden für den gleichen Zweck 461 441 M. ausgegeben. Mithin ist die Mehrausgabe sehr gering und zum größten Teil auf eine Steigerung der Beiträge zur Sozialversicherung und der Bundesbeiträge zurückzuführen.

Ebenso wie wir erstmalig die Einnahme aus Grundstücken besonders verbucht haben, bringen wir in der Ausgabe auch die Erwerbs- und Unterhaltungskosten für unsere Grundstücke in Erscheinung.

Die Gesamtausgabe beträgt für die Berichtszeit 72 773 Mark einschließlich der Baukosten für unser neues Haus in Merseburg. Der Bau in Merseburg war notwendig, um die fehlenden Büroräume und eine Wohnung zu beschaffen. Der Bau erfolgte mit Hilfe der Hauszinssteuer. Der dann verbleibende Rest der Ausgabe sind Reparaturkosten, die sich für verschiedene Erneuerungsarbeiten an unseren älteren Häusern notwendig machten.

Die diverse Ausgabe setzt sich zusammen aus am Jahresabluß vorhandenen Abrechnungsbeträgen, die bis zum Abschluß der Bücher nicht gemeldet waren, aus Abbuchung für die zu hoch bewerteten Effekten bei Aufmachung der Goldmarkbilanz und aus Beiträgen an diverse Korporationen, denen der Verband als Mitglied angeschlossen ist, sowie aus Uebertragungen vom Abrechnungsaufsichtskonto.

Die während der Berichtszeit gemachte reine Rücklage beträgt 2 124 188 M. einschließlich Zinsen, Aufwertung und sonstiger Einnahmen. Die Erübrigung ist prozentual nicht in gleicher Weise gestiegen wie die Beitragseinnahme, was aber auf die Mehrausgabe für Unterstützungen zurückzuführen ist.

Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug am Jahresabluß 5 235 244 M. Die Bestände in den Bezirken betragen am Jahresabluß 7 192 242 M. und in den Zahlstellen 128 603 M., der Gesamtvermögensbestand mithin 6 500 292 M.

Der Vermögensbestand hat sich im Vergleich zu 1913 verdoppelt. Gleichzeitig ist eine Verbesserung der Liquidität eingetreten, weil die Barkonten, Effekten und sonst ablösbaren Vermögensgegenstände die in Grundstücken investierten Vermögensgegenstände überwiegen. Eine große Rolle bei der jetzt besseren Liquidität spielt dabei heute die bessere Auszahlungsmöglichkeit bei unserer Arbeiterbank. Während wir früher gezwungen waren, die Barkonten geteilt bei mehreren Banken unterzubringen, um sie im Falle der Not schnell zur Hand zu haben, können wir heute sämtliche Gelder bei der Arbeiterbank anlegen, die infolge ihrer guten Entwicklung heute in der Lage ist, uns ohne Störung unsere gesamten Gelder innerhalb kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommt, daß uns durch die Arbeiterbank gleichfalls eine bessere Verleihungsmöglichkeit unserer sonstigen Vermögensgegenstände gewährleistet ist.

Aufgabe der Arbeiterbank ist nicht nur, die Vermögensgegenstände der Gewerkschaften zu erfassen, sondern auch in allen Vereinen, die innerhalb der Arbeiterbewegung gegründet wurden oder ge-

gründet werden. Die Arbeiterbank wird um so leistungsfähiger werden, je schneller sie alle Gelder der gesamten organisierten Arbeiterschaft und damit deren Organisationen erfährt.

Ich möchte deshalb nicht verfehlen, auch von dieser Stelle aus unsere Funktionäre darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht ist, die Arbeiterbank als unser eigenes Unternehmen zu unterstützen und in ihren Zahlstellen und Vereinen dahin zu wirken, daß alle erübrigten Gelder reiflos der Arbeiterbank zur Verfügung gestellt werden.

Es bleibt zum Schluß des Rassenberichts der alte aber immer wieder neue Wunsch und die Hoffnung, daß uns die nächsten beiden Jahre weitere Fortschritte bringen und damit zugleich auch eine weitere finanzielle Stärkung des Verbandes.

Bericht des Kontrollausschusses.

Kauermann: Unsere Tätigkeit erstreckt sich auf die Ueberwachung der Geschäftsführung des Vorstandes, Erledigung von Beschwerden und Revisionen. Die monatlichen Rassenprüfungen dagegen obliegen der Revisionskommission, welche aus den drei Mitgliedern des Ruhrreviers, Agatha, Heß und meiner Person besteht. Hinzu kommt der Kamerad Waldheder als Vertreter des Vorstandes. Das Ergebnis jeder Revision wie überhaupt jeder Sitzung wurde protokollarisch festgelegt.

In den acht Sitzungen des gesamten Kontrollausschusses wurden 37 Beschwerden mit 53 beteiligten Kameraden erledigt. Eingegriffen sind darin fünf Fälle aus diesem Jahre, die in den gedruckten Geschäftsberichten nicht erwähnt sind. Es würde zu weit führen, die Beschwerden einzeln anzuführen. Ich darf mich deshalb wohl auf die sachliche Zusammenfassung beschränken.

Drei Kameraden führten Beschwerde wegen Nichtzahlung von Arbeitslosenunterstützung. Zwölf Fälle betrafen Einsprüche gegen Maßnahmen des Vorstandes auf Grund des § 47 bezüglich der Wahl der Ortsverwaltung, wozu dem Vorstand das Bestätigungsrecht vorbehalten bleibt. Einmal wurde gegen die vom Vorstand auf Grund des § 6 vorgenommenen Ausschüsse von Mitgliedern Einspruch erhoben. In drei Fällen ist die Wiederannahme früher angefallener Mitglieder in den Verband vom Vorstand abgelehnt, worauf sich die betreffenden Kameraden ebenfalls beschwerdeführend an den Kontrollausschuß wandten. Bei allen Entscheidungen mußte das Statut zugrunde gelegt werden und waren deshalb nach reiflicher Prüfung und unter Wahrung der Unparteilichkeit in den meisten Fällen die Beschwerdeführer abzuweisen.

Ueber die Rassenrevisionen ist zu sagen, daß zu Beanstandungen irgendwelcher Art kein Anlaß vorlag und die Rassenführung als musterförmig zu bezeichnen ist.

Ich bitte deshalb im Namen des gesamten Kontrollausschusses, dem Vorstand, Kassierer Wittner und Geschäftsführer Schreiter Entlastung zu erteilen.

In der sich nunmehr anschließenden

Diskussion

erhielt zuerst das Wort:

Schwanz (Saarbrücken): Es sei nicht richtig, daß durch Stilllegung und Rationalisierung allein die Rettung aus der derzeitigen Misere, in der sich die Arbeiter befinden, kommen kann. Notwendig sei in erster Linie, international die Arbeitszeit zu erringen, damit vor allem die Arbeitsmöglichkeit für jeden Arbeiter gesichert werde. Für den Saarbergbau hoffe er besonders, daß baldigst eine Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland erfolge. Insbesondere aber wünsche er, daß dann die Saargruben in Staatsregie zur Gemeinbewirtschaftung übernommen werden und nicht vielleicht den Ruhrindustriellen überlassen würden, eine Gefahr, die aus mehreren Anzeichen jetzt schon bemerkbar würde. Bei Schiedsprüchen müsse gut abgewogen werden, welchen Vorteil sie brächten. Wir müßten den Mut haben, auch vorteilhaften Schiedsprüchen zuzustimmen, um nicht den erreichten Nutzen selbst vor der Arbeiterschaft zu verkleinern.

Fahlbusch (Hannover) betont, daß an der Spitze aller Verbandspolitik das Ziel stehen müsse, den Verband zu stärken. Hierzu müßte dann in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt werden. Der Rassenbericht lasse erkennen, daß wir dauernd bemüht sein müßten, unseren Kampffonds zu stärken. Das müsse allen eine Mahnung sein, für pünktliche und auch richtige Zahlung der Beiträge zu sorgen.

Taubenheim (Senftenberg): Die Anträge, die dem Vorstand das Mißtrauen auszusprechen, werden vom Bezirk Senftenberg abgelehnt. Der mitteldeutsche Streik hätte jedem bewiesen, daß der Vorstand für seine Taktik und Politik das vollste Vertrauen verdiene. Wenn im mitteldeutschen Braunkohlengebiet die Arbeitszeit immer noch unerträglich lang sei, dann wäre das Hauptverbrechen der Kameraden, die freiwillig sogar noch während der tariflich festgelegten Pausen arbeiten.

Wiedner (Zeitz): Wir haben alle Ursache, den Beschluß der Siebener Generalversammlung zur Aufhebung zu bringen, auf Grund dessen die Ausschüsse vorgenommen werden. Der Mitgliederrückgang in einzelnen Bezirken beweise, daß die Bergarbeiter mit der Vorstands politik nicht einverstanden seien. Die Kündigung der Tarifverträge nehme der Vorstand nur vor, um die Arbeitszeit zur Verlängerung bringen zu können.

Knoll (Zwickau): Wer den Jahresbericht des Vorstandes für 1927 gelesen hat, muß sich wundern, daß man der Verbandsleitung ein Mißtrauensvotum ausstellen will. Er empfehle allen, sich diesen Jahresbericht einmal genau anzusehen. Auch im Befragte der gesamten Arbeit im Bezirk Sachsen müsse gesagt werden, daß die Verbandsinstanzen ihren Aufgaben sich gewachsen zeigten und ihre Pflicht reiflos erfüllt haben.

Goffmann (Hamm): Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß unser Verbandsorgan im Wahlkampf für die SPD. Propaganda mache.

Wolfram (Halle): Die Rohlenwirtschaft leide nicht nur am internationalen Konkurrenzkampf, sondern insbesondere noch am nationalen, z. B. zwischen Stein- und Braunkohle. Es müßte deshalb erstrebt werden, die Rohlenwirtschaft ganz in Gemeinbewirtschaftung zu bringen. Nur dann wird es möglich, für die Arbeiter ihren berechtigten Anteil am Rohlenwirtschaftsertrage zu sichern. Die kommunistischen Kameraden werden mit ihrer Taktik niemals dieses Ziel erreichen. Wir dürfen nur einig und geschlossen unsere Kämpfe führen und dürfen uns insbesondere nicht zum Werkzeug einer Partei machen, die damit nur ihren parteipolitischen Zielen und Interessen dienen will.

Bogelwang (Ruhrgebiet): Es sei zu befürchten, daß in der kommenden Zeit im Ruhrgebiet noch 50- bis 60 000 Bergarbeiter abgebaut würden. Hier müßte für eine rechtzeitige und befriedigende Umschulung gesorgt werden. Hier eine Lösung zu suchen, sowie die Lage der Bergarbeiter überhaupt zu heben, sei aber nur möglich durch überlegenes und geschlossenes Handeln. Die willkürlichen und wilden Anträge zu all diesen Problemen würden oft mehr schaden wie die Antragsteller gut machen möchten.

Dillmann (Machen): Das Machener Gebiet sei eines der schlechtesten wirtschaftlichen Gebiete Deutschlands. Der Machener Bergmann müsse eine Viertelstunde für das ausländische Kapital länger arbeiten als die übrigen Bergarbeiter für das deutsche. Wenn wir nicht so vorwärts kommen wie wir möchten, dann ist die sogenannte Opposition daran schuld, deren Arbeit nur dazu diene, die Arbeiterschaft zu zersplittern und in ihrer Schlagkraft zu schwächen.

Redakteur Limberg: Gegenüber Angriffen auf die Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ erkläre ich, daß der Bergarbeiterverband eine unabhängige Gewerkschaft sei, die von keiner Seite Weisungen entgegennehme. Bei der Tatsache aber, daß die Existenz des Arbeitnehmers immer mehr abhängig werde von der Art der Gesetzgebung, sei eine stärkere Einwirkung der Gewerkschaften auf Gesetzgebung und Verwaltung durchaus notwendig. So habe sich eine gemeinsame Arbeit zwischen den freien Gewerkschaften, den Angestellten- und Beamtenverbänden, den Genossenschaften usw. mit der Sozialdemokratischen Partei herausgebildet. Bei der Wahl am 20. Mai, durch welche der Bürgerblock zurückgedrängt und die Deutschnationalen aus der Reichsregierung entfernt werden mußten, ergab sich die Parteinahme der „Bergarbeiter-Zeitung“ für die SPD. von selbst. Ein Eintreten für die SPD, welche die Gewerkschaften und insbesondere den Bergarbeiterverband ständig in der gemeinsten Weise verleumde, sei nicht möglich und werde auch in Zukunft nicht erfolgen.

Meier (Saarbrücken): Es müsse protestiert werden dagegen, daß die Saalbühne mit den Farben der Republik geschmückt sei. Aber das sei symbolisch für die Politik des Verbandes, der revolutionäre Kämpfer einfach aus dem Verband ausschleife. Er protestiere gegen diese Politik und befürworte deshalb die Anträge, die eine Umstellung der Verbandspolitik verlangen zu einer revolutionären Klassenpolitik. Nur durch internationalen Kampf sei die Arbeiterschaft zu befreien.

Sebenhet (Oberhausen): Es sei Unstun, zu sagen, daß die Verbandspolitik sich als Diktator aufspielen könne. Die Verbandsinstanzen würden auf Grund eines demokratischen Mitbestimmungsrechts aller Mitglieder gebildet. Die Vorwürfe der Opposition seien völlig grundlos und bedeuteten nur eine gefährliche Unterminierung.

Spiegel (Senftenberg): Die Opposition treibt heute nur Opposition um ihrer selbst willen. Damit wird das Vertrauen systematisch untergraben. Heute wird jede Verhandlung als Verrat und Mißerfolg hingestellt. Es müsse aber jeder Erfolg, auch der kleinste, als solcher anerkannt werden, damit die Arbeiterschaft wieder von der Einbildung frei werde, daß alles von selber komme. Damit nur kann das Vertrauen wieder gestärkt werden in die Organisation und ihre Kampfkraft.

Klein (Niederschlesien): Nicht die Opposition zerstört allein die Gewerkschaftseinheit. Schädlinge gibt es überall, auch unter denen, die sich nicht zur Opposition bekennen. Limberg hätte nur bestätigt, was sie schon immer gefordert hätten: über die politische Macht die Arbeiterschaft befreien. Es sei richtig, daß der Lohn heute ein politischer sei. Die Einstellung der Opposition zum Schlichtungswesen sei abgeleitet aus der Erkenntnis, daß dadurch die Kampfmöglichkeit zu sehr beeinträchtigt sei.

Koffahl (Oberschlesien): Unter dem kommenden deutsch-polnischen Handelsvertrag werden die deutsch-schlesischen Bergarbeiter stark zu leiden haben. Er müsse aber feststellen, daß der Vorstand hier alles getan habe, das Schlimmste von den schlesischen Kameraden fernzuhalten durch Einwirkung auf die zuständigen Stellen. Diejenigen, die eine Beseitigung des Schlichtungswesens verlangten, hätten keinen Begriff von den tatsächlichen gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten. Wenn die Unfälle in anderen Revieren zurückgegangen seien, müsse festgestellt werden, daß in Oberschlesien eine starke Steigerung derselben zu beobachten wäre. Er freue sich deshalb, daß auch die Vermehrung der Grubenkontrollreue sich auf Oberschlesien ausdehnen solle.

Meier (Ruhr): Der Vorwurf, daß die „Bergarbeiter-Ztg.“ den Grundgedanken der Neutralität verlegt habe durch die Aufforderung, die SPD zu wählen, sei lächerlich angesichts der Haltung der SPD gegenüber den Gewerkschaften und in Würdigung der Tatsache, daß letztere aber eine politische Stütze haben müßten. In einer längeren Würdigung der Schlichterpraxis kommt er zu dem Schlusse, daß hier sehr oft hemmend würde die rückständige Anschauung der entscheidenden Personen, insbesondere der Vorsitzenden.

Fritz Viktor (Vorsitzender der Ruhrknapperschaft): Die Ausgaben der Knapperschaft für die bisherigen Alterspensionen betragen schon 28 Millionen Mark oder 16 Prozent der Ausgaben der Knapperschaft. Wollte man die Altersgrenze noch weiter heruntersetzen, so würde die Belastung durch die Alterspensionen zu groß werden. Ich halte deshalb einen anderen Weg für richtiger, der nicht die Bergarbeiter durch höhere Beiträge, sondern die Bergbauindustrie belastet. Die Bergarbeiter in Gesteinsbetrieben seien gesundheitlich schon fertig, wenn sie zehn Jahre dort gearbeitet haben. Es müsse deshalb darauf gedrängt werden, daß nicht nur die Steinkohleindustrie, sondern auch Nervenzerrüttung durch die Arbeit mit Bergwerksmaschinen als Berufskrankheiten anerkannt würden. Gutachten wissenschaftlicher Kreise unterstützen diese Forderung. Hervorragende Fachleute seien der Meinung, daß ein Arbeiter nicht länger als acht Jahre im Gestein arbeiten dürfe. Dieses sei der Weg, um den Arbeitern zu helfen und die Kasse vor unerträglichen Belastungen zu schützen.

Red (Halle): Wer Kritik üben will, muß einen besseren Weg zeigen können. Bis jetzt konnten wir diesbezüglich nichts von

der sogenannten Opposition hören. Aber sie handelt ja auch nur im Auftrage anderer Stellen, ohne selbst über ihr Wollen klar zu sein.

Zweiter Verhandlungstag.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Jochmann (Köln):

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß anwesend sind: 150 Delegierte, 7 Vertreter des geschäftsführenden Vorstandes, 1 Angestellter der Zentralverwaltung, 17 Bezirksleiter, 11 Angestellte der Bezirke, 7 Mitglieder des erweiterten Vorstandes, 7 Mitglieder der Kontrollkommission, 10 Beiratsmitglieder, 3 Redakteure und 13 Gäste. Alle Mandate der Delegierten werden für gültig erklärt. Der Widerspruch der Opposition gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl in den Bezirken 30, 31 und 32 wird nach kurzer Debatte zurückgewiesen, da in diesen Bezirken außerordentlich grobe Verstöße gegen die Wahlordnung vorgekommen sind.

In der weiteren Diskussion sprach zunächst

Ulrich (Waldenburg): Der englische Streik hätte unbedingt unterstützt werden müssen durch einen Streik der gesamten deutschen und auch der internationalen Bergarbeiter. Der Sozialismus kann nur eingeleitet werden durch einen revolutionären Klassenkampf. Wir fordern diesen Klassenkampf auch im Verband. In diesem Sinne ist unsere Politik zu verstehen.

Werner (Ruhr): Wir haben in der Berichtszeit Fortschritte gemacht. Daß wir nicht alle befriedigt sind, liegt nicht am Willen und an der Politik des Vorstandes. Die Unternehmer sind heute noch zu stark und finden immer Mittel und Wege, die Erfolge der Organisation zu verkleinern. Nur eine starke Organisation kann auf die Dauer im Vormarsch bleiben. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir den abgehenden Kameraden schenken.

Otto (Saargebiet): Es muß ein anderer Geist in den Verband hineinkommen. Das System hat sich mit den Farben der Republik nicht geändert. Die Arbeiter leiden genau noch so wie früher.

Kühmann (Ruhr): Es hat sich heute vieles geändert gegenüber der Vorkriegszeit. Das ist mit ein Verdienst unseres Verbandes. Das Verhältnis zwischen organisierten Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat sich zum Vorteil der Organisation geändert. Wäre nicht die unvernünftige Opposition, dann wären wir noch viel weiter. Sie beurteilt alles nach der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei.

Helge (Halle): Die Kameraden der Opposition sollten in erster Linie ihre Presse beeinflussen, damit sie eine sachliche Kampfesweise gegen die Gewerkschaften führt.

Walter (Senftenberg): Die ostdeutschen Arbeitskameraden leiden unter ganz besonderen Schwierigkeiten. Trotzdem stellen wir fest, daß der Vorstand seine Pflicht getan hat. Nicht an ihm liegt die Schuld, sondern an der Gleichgültigkeit so vieler Kameraden.

Eggert (vom Bundesvorstand des ADGB):

fürhte aus: Bei kritischer Würdigung der Arbeiten und Kämpfe Ihres großen Verbandes müssen Sie eine weite Zeitspanne und die während dieser Zeit dem Verband gestellten Aufgaben ins Auge fassen und sie kritisch zu überdenken suchen. Das Unternehmertum hat in Deutschland, Australien, Lateinamerika und Lateinamerika die Regierungen, ja das ganze Volk unter Druck zu setzen versucht mit der Behauptung, das deutsche Volk verbräuche mehr als es erzeuge. Es müsse den umgekehrten Weg gehen, wozu gemäßigtere Löhne und längere Arbeitszeit gehörten. Vor allen Dingen müßten staatliche Eingriffe in die Arbeits- und Lohngestaltung aufhören. Die Gewerkschaften haben demgegenüber an die geschädigten Instanzen die Forderung gerichtet, nicht diesen Weg zu beschreiten, weil er außer acht läßt, daß eine nur auf dem Export eingestellte Wirtschaftspolitik zur Katastrophe führen muß, wenn nicht die Voraussetzungen durch einen guten Außenmarkt geschaffen sind. Die Löhne müssen nach oben getrieben werden, damit möglichst viel Güter im Inland konsumiert werden. Das befördert die Konjunktur. Taktische Maßnahmen der Gewerkschaften sind bedingt durch die Entwicklungsstufe der Zeit. Wir leben in einer Zeit, in der die Weltrevolution nicht die Tagesfrage ist, in einer Zeit gewaltiger Zusammenfassungen zum Hochkapitalismus. Die Frage ist, ob wir uns in diese neue Entwicklung einschalten oder versuchen sollen, sie von außen zu zerlegen. Es entspricht dem Wesen der Gewerkschaften, dem Tag, dem Jahr, dem Zeitabschnitt abzurufen, was wir vermögen, um so die Existenz der Arbeitnehmerschaft zu verbessern. Wenn es sich um Taten handelt, dann müssen ganz große Gesichtspunkte maßgebend sein, wenn ein entscheidender Kampf geführt werden soll. Das war beim Ruhr-Streik der Fall,

das ist aber nicht der Fall, wenn man bei jedem kleinen Arbeitskampf seine Verbreiterung verlangt. Ein entscheidender Kampf muß Massenbewegung sein, die in kürzester Zeit zum Erfolg wird, sonst führt sie zum Zusammenbruch statt zum Siege. Unsere ganze Kraft muß auf Gewinnung der Breiten und Geister der breiten Masse eingestellt sein, deshalb brauchen die Gewerkschaften Disziplin statt Streit, der nur die Unorganisierten abschreckt. Die gewerkschaftliche Taktik muß darauf gerichtet sein, aufsteigende Lohnpolitik auf weite Sicht zu treiben, nicht aber auf Revolutionsromantik unter Verzicht auf aufsteigende Lebenshaltung oder deren Gefährdung. (Lebhafte Beifall.)

Gusemann stellt in seinem

Schlusswort

zunächst fest, daß die Leitung der Generalversammlung wohl Anspruch darauf erheben würde, die Geschäfte loyal geführt zu haben. Die sogenannte Opposition stelle ein Siebentel der Delegierten, habe aber ein Fünftel der Redner gestellt. Er fuhr fort: Die Opposition habe allerdings nichts dazu beigetragen, das Niveau zu heben. Sachliche Kritik ist stets erwünscht, aber sie geht fehl, wenn sie geübt wird, nur weil die führenden Verbandsangestellten Sozialdemokraten sind. In einer niederschlesischen Bezirkskonferenz erklärte die Opposition, daß sie nichts gegen die Bezirksleitung und auch nichts gegen die Arbeit des Verbandes im Jahre 1927 habe, sie könne aber nicht für die vorgelegte Entscheidung stimmen, weil der Bezirksleiter Sozialdemokrat sei. (Lachen.) Daß die Gewerkschaften ebenso wie die Genossenschaften, Krankenkassen usw. mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entscheidende Gesetzwirke bejahen, ist selbstverständlich. Wenn ein solches Verhältnis mit der SPD nicht möglich ist, so tragen dazu die Gewerkschaften nicht die Schuld. Es ist lächerlich, wenn eine unierer Zahlstellen eine Entscheidung faßt, in der es heißt, daß die Unorganisierten verprochen, dem Verbandsbeitrücken, wenn eine Reihe formulierter Forderungen durch Kampf durchgeführt werden. Die Taktik des Verbandes ist auch nicht schuld daran, wenn der Mitgliederstand nicht genügt. Sonst hätte die radikale Union nicht eben zusammenbrechen können. Unser Verband ist und bleibt eine Kampforganisation, er sehe aber nicht in radikalen Phrasen, sondern in praktischer Arbeit seine Aufgabe. Wie wir haben radikale Betriebsräte verlangt, wo ruhigere Kameraden den Unternehmen das Leben schwer machten und Erfolge für die Arbeiter herausholten. Jeder Betriebsrat, jeder Funktionär, jeder Verbandangestellte, jeder unserer Parlamentarier, der praktische Arbeit leistet, treibt mehr Klassenkampf als radikale Worthelden. Klassenkampf gab es in jeder Gesellschaft, die auf Ausbeutung beruht, und erst mit dieser Ausbeutung wird dieser Klassenkampf ausüben. Auch christliche Gewerkschaften müssen Klassenkampf führen, weil der Versuch der Verschweigung der Provokate des Unternehmertums, jeder Kampf um das Vorwärtskommen der Arbeiterklasse Klassenkampf ist.

Wenn ich oder wenn unsere Zeitung etwas über Rußland schreibt, so tun wir das nur auf Grund offizieller russischer Angaben. Wir erkennen durchaus an, daß in Rußland viel geleistet worden ist, aber es ist doch kein Paradies, es kann bei den ganz anders gelagerten Verhältnissen kein Vorbild für Deutschland sein. Stehen denn die Löhne in Rußland nicht 20,6 Prozent niedriger als 1913 und der Index höher als in Deutschland? Wir würden uns freuen, wenn der russische Bergarbeiterverband Mitglied unserer Internationale werden könnte, aber solange er seine bisherige Haltung gegen uns beibehält, ist es nicht möglich.

Wir verlangen durchaus nicht, daß das Schlichtungswesen nicht kritisiert werden soll, aber seine glatte Beseitigung können wir nicht fordern. Vor dem Kriege haben wir vielfach lange Wochen hindurch um einen Tarifvertrag gekämpft, ohne ihn zu erreichen, weil die Machtmittel des Klassenkaats gegen uns aufgeboren wurden. Der lang andauernde englische Streik und seine Folgen wären nicht möglich gewesen, wenn England ein solches Schlichtungswesen hätte wie wir. Wätten wir den mitteldeutschen Kampf 1927 ohne gründliche Vorbereitung und Ueberlegung nach kommunistischem Rezept geführt, so wäre er nicht so glänzend verlaufen. Gute Vorbereitungen von Bewegungen, Unterstützung durch unsere treuen Funktionäre, wie wir sie erfreulicherweise bei unseren letzten Bewegungen zu verzeichnen hatten, sind Vorbedingungen für den Erfolg. Der alte Staat hatte für freitende Arbeiter nur Soldaten und Maschinengewehre, im neuen Staat haben wir Einfluss, der sich aber immer mehr auswirken muß. Wir haben in diesem Staat die Macht, die wir uns verschaffen. Deshalb können wir keine Zerreißung der Organisationen, keine blöde Kritik zur Freude der Unternehmer brauchen, sondern wir brauchen zusammenwirkende Kameradschaftlichkeit, damit wir dem Unternehmertum die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Bergarbeiter entgegensetzen können. Das ist unser Dienst an unseren deutschen Kameraden, an deutschen Volk und an der gesamten Menschheit. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurde dem Antrag, dem Vorstand sowie dem Kassierer Entlastung zu erteilen, mit allen gegen 6 Stimmen zugestimmt.

Ein Blick in die Vergangenheit und Gegenwart.

Jugendklub und Jugendpflege werden stets traurige Kapitel in der plutokratischen Gesellschaft bleiben. So war es schon von altersher. Und das wird nicht eher sein Ende finden, bis die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als höchst unsittlich bewertet wird. Wie die Plutokratie zu ihrem Geld und Besitz kam, das lehrt uns die Geschichte. England, das Mutterland der Industrie, allen voran. Dort arbeiteten die Kinder schon vom achten Lebensjahre an in den Fabriken und Spinnereien bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit. Ja selbst nachts. Ihre Entlohnung betrug nach unserem Geld ein paar Groschen. Als Ersatz für ihre schlechte Entlohnung gab es Schläge. Wie sich die Arbeit auf die zarten Kinder auswirkte, darüber wollen wir Friedrich Engels sprechen lassen: „Verkrüppelung des Rückgrats und der Gliedmaßen, Zusammenpressung des Brustkorbes, Einwärtskrümmung der Arme und Füße. Dazu gesellte sich noch geistige Verblödung und sittliche Entartung dieser armen Ausgeburteten.“ Die Kinder der Armenhäuser wurden in Scharen in die Fabriken verbannt. Wer mag das Elend jener armen Geschöpfe ermeinen? Was mögen sie gekletter haben?

Aber auch in Deutschland verstand es der aufstrebende Kapitalismus, sich mit Hilfe der Kinder Reichtum zu verschaffen. In Rheinland und Westfalen feierte die Kinderarbeit, und zwar im 19. Jahrhundert, ihre vollsten Orgien. Auch in anderen Landgegenden, wie Schlesien, Sachsen und Brandenburg heutzutage man die Kinder nach Strich und Faden aus. An Schulung der Kinder wurde nicht gedacht, obwohl auch schon zu jener Zeit ein gewisser Schulzwang bestand. Statt dessen mußten die Kinder, genau wie in England, vom fünften Lebensjahre an 12 Stunden und noch mehr in den Fabriken, selbst in den Bergwerken schaffen, die Entlohnung betrug dann 20-30 Pf. pro Tag. Diese Zustände, geschaffen durch eine nimmermatt werdende Kaste, schrieben zum Himmel. Der damalige Kultusminister von Altknecht ordnete deshalb eine Untersuchung an, und man stellte fest, daß in der Textilindustrie, Kleintextil-, Papier-, Tabak- und Glasindustrie sowie im Bergbau zahllose Kinder im zartesten Alter vom fünften und sechsten Lebensjahre an beschäftigt waren. Ja, einige

Fabrikanten erbauten Schulen, nicht etwa aus Liebe zu den Kindern, sondern zum Nutzen ihrer selbst. So wurden die Kinder, die Tagesarbeit verrichteten, eine Stunde, und die, die bei Nacht arbeiteten, zwei Stunden in der Fabriksschule unterrichtet. Ist es nicht ein Dohn, in Anbetracht dessen das Wort „Schule“ überhaupt in den Mund zu nehmen? Die Schule war da eine Qual. Geist wie Körper vollständig degeneriert und selbst für das Kleinste konnte der abgepaunte Kindergeist nicht empfänglich sein. Die Berichte der damaligen Schulräte an die Regierung legten trauriges Zeugnis ab. Die „Schüler“ waren bis zum äußersten abgepaunt und beim Unterricht verfielen sie oft in tiefsten Schlaf.

Ein anderes bezeichnendes Dokument ist der Bericht des Generalleutnants von Horn an den damals regierenden König. Er sagt: „Die Fabrikgegenden können, wenn es mit der Kinderarbeit so weiter geht, ihre Rekrutenkontingente nicht mehr stellen.“ Das gab dem Kultusminister von Altknecht nochmals Veranlassung, den Innenminister darauf zu verweisen. Darauf erklärte der Minister des Innern groß: „Die übertriebenen Anforderungen der Schule wirken mindestens ebenso schädlich auf die Entwicklung der Kinder ein wie die Fabrikarbeit.“ Wenn schon die amtlichen Stellen versagten und dem hilflosen Geschöpf die Unterstützung ablehnten, dann ist es zu verstehen, daß Männer von Ruf, wie Dr. Scheffler und Dr. Hentzel mit ihrem Protest, der sich mit aller Schärfe gegen die Kinderarbeit wandte, keinen Widerhall fanden. „Die Scheidebank wird ihnen zur Schlachtbank“, sagt Dr. Hentzel, aber geändert wurde nichts.

Verlassen wir die Vergangenheit. Genug der Grauel, begangen an wehrlosen Kindern, verübt durch eine macht- und geldhungrige Kaste. Wir wollen uns in der Gegenwart umsehen, ob heute noch Kinderarbeit besteht. Ja, sie besteht noch, und zwar in der ganzen Welt. In China, Japan und Indien ist es heute wohl am schlimmsten. In den 300- bis 400prozentigen Dividendenauschüttungen dortiger Gesellschaften haben die Kinder mit ihrer Kraft einen guten Teil beigetragen. Für einige lumpige Dollars werden die Kinder von Agenten aus ihren Familien herausgetauft. Schmerzlich wird es für die Eltern sein, ungerne werden sie die Kinder abgeben, doch die Not treibt sie dazu. In dumpfen Räumen, dicht bei der Arbeitsstelle, ja selbst in Fabrikräumen müssen sie Tag und Nacht ihr Leben fristen.

Die Entlohnung wie auch die Verpflegung ist unter aller Würde. Hier muß durch internationales Zusammenwirken Abhilfe geschaffen werden. Eigenbröteleien führen nicht zur Erlösung. Wirkliche Freiheit und Humanität wird sich erst nur unter dem internationalen roten Banner entfalten können.

Das Heimarbeiterveld existiert heute noch in Deutschland so wie vor 100 Jahren. Eine fünfköpfige Familie arbeitet eine ganze Woche für einen Hungerlohn von 1 bis 1,10 Mark! So ist es in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie, in der Spielwarenindustrie usw. Aber von niedrigen Warenpreisen merkt man nichts. Und wie sieht es mit der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter aus? Wenn die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften eine bescheidene Lohnerhöhung fordern? Ganze 1,25 Mk. ist der Wochenlohn für eine fünfköpfige Familie. Dafür arbeiten bis spät in die Nacht Uradne, Großmutter, Mutter und Kind! Und wenn einmal eine deutsche Arbeitgeberzeitung schrieb, „dem deutschen Volke fehle der Wille zur Armut“, so kann man sagen, der Wille mag fehlen, aber die Armut ist leider da. Aber wenn Direktoren und Affessoren Gehälter von 100 000 Mark und mehr im Jahre beziehen, ohne ihre anderen Vergünstigungen, dann ist das keine Begehrlichkeit, sondern nach ihren Begriffen eine Selbstverständlichkeit. Ja, mancher von uns wird sich fragen: ist es überhaupt möglich, solche Riesensummen zu verbrauchen? Seid unbesorgt, denn wer sich auf weite Reisen begibt nach der Riviera oder nach Monte Carlo und eifriger Besucher der weltberühmtesten Spielhöllen ist, der kann sein Geld schon los werden. Schrieb doch vor einiger Zeit eine französische Zeitung, daß im vergangenen Jahre nicht mehr als die „kleine“ Summe von 300 Millionen in den Spielhöllen verbraucht wurden! Und der größte Teil fiel auf die Söhne und Töchter der deutschen bestehenden Klasse. Jene Gesellschaftsrichtigen mögen uns nur erzählen von der „guten alten Zeit“! Uns mag sie verloren sein. Sie haben sie noch.

Soll uns Befreiung kommen, so müssen wir noch eifriger ins Rad der Zeit fassen. Alle unorganisierten Väter machen sich mitschuldig an der Ausbeutung ihrer Kinder. Wollen sie länger arbeiten flecken und zugehen, wie diese verbluten? Nein, ihr wollt das nicht! Und wenn ihr es nicht mehr wollt, dann tretet ein in die Organisation, die für euer Wohlergehen bürgt und sorgt! W. H.

Haus und Leben

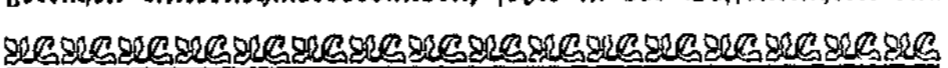
Das proletarische Wohnhaus.

Es ist durchaus keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß zurzeit die Wohnungsfrage die soziale Frage unserer Zeit ist, und zwar ganz einfach deswegen, weil sich immer mehr herausstellt, daß viele Gebrechen unserer Zeit, wie Kriminalität der Jugendlichen, Berrücktheit und körperlicher wie sittlicher Verfall der Familien, Arbeitslosigkeit und anderes mehr ihren Grund darin haben, daß nicht genügend Wohnungen gebaut werden. Nicht genügend Wohnungen für das Volk, wie betont werden muß, also Wohnungen, die aus Stube und Kammer, Stube und zwei Kammern oder zwei Stuben nebst Küche bestehen.

Vor dem Kriege lag der Häuserbau fast ausschließlich in den Händen privater Unternehmer. Diese aber bauten nur dann, wenn ihnen Profit winkte. Der wurde aber beschnitten, so lange eine öffentliche Kontrolle der Alt- und der Neuwohnungen stattfindet. Deshalb läßt das Privatkapital auch heute noch gerne die Finger von Neubauten. Der Münchener „Simplicissimus“ hat die Situation durchaus richtig erkannt, die er in einer Glossen also kennzeichnet: „Man baut Kinopaläste, Sporthallen, Kaufhäuser, Kriegerdenkmal, Flugzeughallen, Kontorhäuser, Hotels, Kirchen, aber Wohnhäuser baut man nicht.“ Mit anderen Worten: die privaten Baufirmen und Architekten gehen nur an Bauten heran, an denen sie tüchtig verdienen. Das Volk selbst mag sehen, wie es in seiner grenzenlosen Not und Qual zurecht kommt. All diesen privatwirtschaftlich und privatrechtlich und dazu politisch fast immer rechts eingestellten Architekten ist das Problem des Häuserbaues für das Volk durchaus fremd. Diese Männer schwärmen auf der einen Seite für den modernen Städtebau, übersehen aber in ihrer übertriebenen Wertung des Persönlichkeitsgedankens, daß ein Stadtbild sich nicht aus den Häusern der führenden Persönlichkeiten zusammenfügt, sondern aus den Häusern der Masse. Jeder Städteführer strotzt von Beweisen dieser verkehrten soziologischen und sozialen Einstellung. Ueberall findet man nur Hinweise auf diese und jene besonderen hervorragenden Einzelbauwerke, wie Kirchen, Schlösser, Rathhäuser. Glücklich ist man, wenn man in Rothenburg, Dinkelsbühl und anderen kleinen fränkischen Nestern auf das einheitliche Stadtbild hinarbeiten kann, wenn es sich aber darum handelt, die Wohnhäuser der Stadt zu betrachten, dann werden sorgfältig die Patrizierhäuser hervorgehoben. An die Tatsache, daß der einheitliche Eindruck durch die vielen kleinen Proletarierhäuser entfällt, denkt niemand. Und weil man in der üblen deutschen Manier der Ueberschätzung des Individuums, des Einzelnen, die Bedeutung der Masse übersehen hat, ist man zu dem ständalösen Ausbau der deutschen Städte seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gekommen. Die Einzelbauten, Kirchen, Schlösser, Patrizierhäuser hat man mit größter Voracht behandelt, hat sie mit größten Kosten erneuert und erhalten. Die Proletarierwohnungen haben sich seit alten Zeiten nicht sehr lange gehalten. Die mußten, und das war an sich gut, Neubauten weichen. Aber weil man die Masse der Arbeitenden, der Armen, der Proletarier in Deutschland so unglücklich gering einschätzte, kam man natürlich auch dazu, ihnen entsprechende Wohnungen zu bauen: Sinterhäuser, Seitenhäuser, Wohnlöcher ohne Lüftung, Wohnhöhlen ohne jegliche Bequemlichkeit. Der für Deutschland unglücklich beschämende Mietkasernenbau ist nichts weiter als der Ausdruck der Geringschätzung und Verachtung der einst herrschenden Klasse für die vom Land in die Städte getriebenen besitz-, recht- und machtlosen Proletarier.

Der Krieg kam und es kam die Inflation. Nun bauten nur noch Reich, Staat und Gemeinde, in der Hauptsache für ihre

Beamten. Wohnungen für das arbeitende, produzierende und dadurch den Staat erhaltende Volk wurden nicht gebaut. Pöblich aber entstanden neue Unternehmerrggebilde, Wohnungsbaugesellschaften gemeinnützigen Charakters. In ihnen waren zu einem Teil jene Kapitalisten angelegt, die die organisierten Massen des werktätigen Volkes Groschen für Groschen als Beiträge gezahlt hatten. Und da Kapital immer eine Macht ist, stellte auch dieses sozusagen proletarische Kapital eine Macht dar. Was seiner realen Machtposition heraus konnte es fordern und verlangen. Und es forderte das Recht, Wohnungen für das Volk zu bauen. Ein ungeheurer Sturm der Entzweiung, angefaßt von den bürgerlichen Unternehmerverbänden, setzte in der Öffentlichkeit ein.



S O M M E R

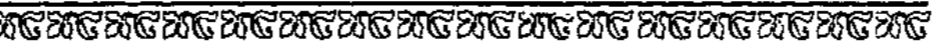
Ganz in Silber schimmert dieser Morgen.
Hojo: werft ab die letzten Sorgen.
Laßt uns sein wie Schwalbenflug —
Das Leben bringt Freude für alle genug.

Frisch hinaus zu Sport und Spiel,
Freiheit und Schönheit: so heißt unser Ziel.
Die grüne Wiese. Viel Fahnen wehn:
Wie die roten Wogen so flammend gehn.

Tretet an, zeigt eure Kraft:
Tief geatmet, die Muskeln gestrafft.
Am Himmel rollt der Sonnenball.
Dem Sieger den Luch: Trompetenschall!

Das Spiel ist aus, wir treten ab.
Nehmt alle den freien Wanderstab.
Die Felder. Der Wald. Der blaue See.
Und drüben die Berge: gekrönt mit Schnee.

Max Dortu.



Gewisse Teile der bürgerlichen Presse, die sich in und nach der Inflation nicht genug tun konnten in der Schmähung sozialistischer und sozial-republikanischer Staatsmänner und Kommunalleiter und der Kennzeichnung ihrer Ohnmacht zur Behebung der Wohnungsnot, sehen nun den Profit des privaten Unternehmers schwinden. Die gemeinnützigen Baugesellschaften wurden hemmungslos verächtlich, herabgesetzt, verleumdete und beschimpft. Diese Hebe hat heute keineswegs aufgehört und bricht bei allen möglichen Anlässen immer wieder hervor.

Diese modernen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, in deren Leitung fast ausschließlich Männer sitzen, denen die Not des Volkes in der Seele brennt, haben durchaus richtig erkannt, daß einmal die Wohnungen für das Volk gebaut werden müssen, daß diese Wohnungen aber, entsprechend dem großartigen politischen und kulturellen Aufstieg des Proletariats aus äußerlich und innerlich gestaltet werden müssen. Keine übermäßig hohen und großen Zimmer. Hell und luftig. Vollkommen praktisch und bequem. Ein eigenes Bad. Keller und Waschküche. Ein Gärtchen, wenn irgend möglich. Und wo dazugehörige Massenbauten entstehen,

steht man auch mit Staunen ganz neue städtebauliche Wirkungen entstehen. Die Mietkaserne ist hier bereits überwunden. Wir gehen mit starken Schritten der Stadt der Zukunft entgegen, die durch das neue proletarische Wohnhaus eine Stadt des Proletariats selbst sein wird.

Walter Trojan.

Auf Streikposten.

Die Nacht weicht der Dämmerung; im fernen Osten tagt ganz leise der junge Morgen. Tiefer, heiliger Friede ruht auf Wald und Flur. Im Dörfchen liegt noch alles in des Schlafgottes Armen. Da host die Turmuhr zum Schläge aus. 3 Uhr. Pöblich flammen hier und dort einzelne Lichter, und in wenigen Minuten sind zwanzig Burschen und Männer, das Stahlroß zur Seite, unter der Dorfkrone versammelt. Lautlos und still vorzieht sich ihr Kommen. Einer reißt sich noch verschlafen die Augen, doch in der frischen Morgenluft wird der Geist schnell klar. Was mag die Waderen in so früher Morgenstunde aus den Federn getrieben haben? ...

Im Schieferbergbau wütet seit Wochen ein Streit. Er entflammte, weil die Schieferindustriellen angaben, eine Lohnaufbesserung von nur wenigen Pfennigen nicht tragen zu können. Siebzig Prozent aller Schieferbergproleten legten geschlossen die Arbeit nieder, fünfzehn Prozent schlossen sich im Laufe des Kampfes ihren streikenden Kameraden noch an. Und die übrigen? Machen sie wirklich die Streikbrecherdienste? Denken sie in der Tat nicht daran, daß sie doch auch um die Verbesserung ihrer Lebenslage geht, daß sie ihren Kameraden in den Mühen fallen, den Fluch des Verräters auf sich laden und ihre Arbeiterrechte schänden? Ja, sie tun es. Sie helfen mit die Knuten flechten, mit denen man sie später peitscht. Unter polizeilicher Deckung führt man sie auf Luxus- und Lastautos den Betrieben zu. Sie dürfen die Wahrheit von ihren kämpfenden Kameraden nicht erfahren.

Zurück zu jenen zwanzig, die ihr Fahrrad an der Hand, unter der Dorfkrone stehen. Sie wollen hin zu denen, die ein schnelleres Beförderungsmittel, das Auto, zu einer fluchbringenden Arbeit trägt — zu den Arbeitswilligen. Sie wollen in ihre Wohnungen, in ihren kümmerlichen Hütten zu Mann, Frau und Kindern sprechen, ihnen zeigen, zu welchem unsittlichen Beginnen man sie aufgefordert hat. Ein gutes Beispiel erweckt Macheiferung. Der Mann mit dem Rad, das er vor der Hütte abstellt und in die Wohnung hineingeht, ist selbst Familienvater. Er kämpft, obwohl auch bei ihm die Not im Hause ist. Aber er weiß, daß ein Kampf nur siegreich beendet werden kann, wenn Einigkeit die kämpfende Arbeiterkraft umschließt, wenn Opfer gebracht werden. Seine ganze Redekunst — nein, nicht seine Redekunst, sein wirkliches Empfinden teilt er dem Arbeitskollegen mit und sieh! Die Zweifel in der Brust des Mannes, der vor einer Stunde noch entschlossen war, dem Ruf der anderen Front, der Unternehmerfront, zu folgen, beginnen zu wirken: er ist befehrt, er bleibt zurück. ...

Die Sonne steht hoch über den grünenden Tannenwäldern, und wieder finden sich jene Zwanzig zusammen nach ihrem Tageswerk. Wind und Wetter, Unwetter bei denen, die ihren hohen Gedankenflug nicht verstehen konnten, stundenlange Wege, nichts hielt sie ab, ihre Pflicht zu tun. So heute, so morgen, so übermorgen, ja, solange, bis daß der Sieg erkritten ist.

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gekräftigen.
Die kämpft es sich schlecht
Für Freiheit und Recht!

Lorenz Burger.

Spanien.

Drei deutsche Proleten: Der Schanfi, der Abu und der Bopp. Alle drei — harte Burschen. Voller Energie. Ganz Abenteuerlust. Wir reihen die Sterne vom Himmel herab: wir witzeln damit — unser Schicksal gestalten wir selbst. Wir sind jung. Wir sind stark.

Was ist heute los? Heute machen wir fremd. Alles in Schutz? Jawohl doch. Verbandsbuch klappt. Und Parteimarken sind alle geklebt: wo wir in der schönen Welt draußen Sozialisten treffen, dort wird unsere Heimat sein. Lassen wir uns eine Empfehlung schreiben? Von wem denn? Vom Vorstehenden des Sportvereins. Ach was, Dummheit, würde aussehen wie Wichtigmacherei. Hier: unsere Muskeln, die sollen unsere beste Empfehlung sein: jeder sieht unsern Körper an, daß wir Athleten sind. Wir heben von den Bergen die Fedel herab — daß der heiße Brodem aufdampft zur Sonne. Wie die Tiefe wollen wir sein: Urkraft, ewig rebellisch, Feuer und Schwärmergeist zugleich! — Zeijo: Was sind der Schanfi, der Abu und der Bopp doch für unternehmende Burschen. Na: denn man Glück auf! Und gute Heile.

Auf Tizpelei. Wo liegt die See? Was wollen die Drei an der See? Freier atmen. Vom Fenster des Kontinents in die Welt hinausgucken. Gut. Hüte ab — werft die in den Rhein, jetzt euch drauf und laßt euch treiben, dann kommt ihr an die See. Wir sind schon da: in Rotterdam. Hier kaufen wir drei Rollen Stiff — echten Sumatra. Mensch, der schmückt, der ist dir jaftig, schwarz wie Kom. Und dort liegt 'n dices Schiff: Braucht ihr Arbeiter an Bord? Könt ihr was leisten? Rod aus: hier, unsere Muskeln. Chottverdummich, ja: ihr seid angemustert, ein in den Bunker: Kohlen trimmen, dort unter der Windhuße hängt der Kessel mit kaltem Tee.

Hortijeb — wir fahren in die Welt. Durch den britischen Kanal läuft unser Bopp auf Schenitzigen, ganz behutram und leise: Nebel, Nebel, Nebel. Tutut. Und immer wieder: Tutut, tutut. Das haß. Die Luft wird klar. Der Wind pfeift auf dem rechten Daumen. Die schlanken Seejungfern tauchen aus der grünen Tiefe der See auf: sie winken: mit weißen schönen Händen, ihre roten Korallenmünder lächeln, ihre Brüste funkeln wie Alabaster. Mitihelastische — der weiße Seegeist jaust über Deck. Das war dir ein Tanz, in der See von Biscaya, Chottverdummich, als je befiel: wir wurden alle drei feedoll! Armer Schanfi, Abu und Bopp.

Schmeiß den Anker. Wo sind wir? In El Abra. Wo ist das? Der Außenhafen von Bilbao. Und wo liegt das? Mensch, warst du in keiner Schule? Bilbao: Spanien: baskische Provinzen. Was? Spanien! Hier geht's an Land. Vom Seelanz haben wir genug.

Der Schanfi, Abu und Bopp in Bilbao. Industriestadt. Dreimal so groß wie Halberstadt. Hochöfen schmauchen hier wie in

Westfalen. Und rings um Bilbao her sind die Berge rot: Eisenstein! Eisenstein!

Der Schanfi, Abu und der Bopp — im Schacht: Bergleute!, unter baskischen Kameraden. Gern gesehene fremde Kollegen — weil Verbands- und Parteibuch in Schutz ist. Und weil die Muskeln — na!, die Dreie sind hochgeachtet: drei deutsche Athleten in den Bergen Bilbao.

Schillers Friedrich: „Doch mit des Geschickes Mächten — — und das Unglück schreitet schnell.“

Das Unglück? Ja. Leider. Ist schon geschehen. Der Schanfi ist tot. Wir haben ihn beerdigt. Ein Felsbrocken erschlug ihn, im tiefsten Schacht. Traurig. Was nun? Ja — was nun??

Weiter. Wandern. Ein Kollege ist tot. In unserm Erinnern aber lebt er weiter. Alle Menschheit ist ein unverbüchliches Ganzes. Ein Baum — der Sturm reißt Blätter ab: aber weiter wächst, grünt und blüht der Baum. Die Schwalbe umfließt ihn. Wolken überwandern ihn. Nebenat: der immer fließende Bach, der singt Freude- und Trauerlied: auf der Weige eurer eigenen Herzen: wie eure innere Gefühlslage jeweilig abgestimmt ist, so hört ihr sie von außenher klingen!

Also wandern. Durch Spanien hin. Zu Zweit. Der Abu und der Bopp wieder auf der Tizpelei, in Alt-Kastilien. Himmel so blau wie seidene Hochzeitsbänder. Das Land braun. Verbrannt von der Sonne. Hochebene — milde Steppe. In Stadt Burgos gibt es feurigen billigen Wein, so rot wie Blut: Es lebe die Freiheit! Und in Valladolid tanzen der Abu und der Bopp mit der Beriba und der Zezza. Wer sind denn die? Zigeunermädels. Hojo, ihr deutschen Athleten, schwingt eure Zängerinnen: daß deren Spitzenröde den weißen Saum der hohen Himmelswölken berühren. Herz: schwing dich ohne Schranken! Unser Bestes ist die Phantasie, sie macht uns zu Herren der Welt.

Das zadjige Gebirge. Die Sierra Guadarrama. Zu Gaste bei freundlichen Ziegenhirten. Madrid? In drei Tagen könnt ihr da sein.

Sie sind schon da: der Abu und der Bopp am Manzanares, am silbernen Fluß, die Wäckerinnen von Madrid schlagen ihre Linnen: mit den schweren Waschkeulen: schäumend häumt sich die Welle! Ihr braunen Mädels am Fluß, singt uns ein Lied. „Manzanares, bell' amore!“ Madrid, Madrid.

Wir besuchen die Proleten. 10000 Mädels in den Tabakfabriken: Gigarren und Zigarillos. Sei, die Teppichweberei, das Gedenden an die Mauerzeit weht sich hier bunt in Teppich und Teppich. Arabesken, Bazare und Sarems. Die Porzellanfabriken. Zierliche Nymphen. Proleten, für wen? Ja, für wen arbeiten wir? Luxus für die reichen Leute. Amor und Psyche. Apollo und Venus. Alles in blizeblauem Porzellan. Macht doch auch mal rotes Porzellan: formt die feurige Zafobinerin, die von der Pariser Bastille. Ruhig, nicht so laut — die Polizei in Madrid hat lange Ohren. Ach was, was schert uns eure spanische Germanbad, der Abu und der Bopp sitzen in der „Serberge zum

Weißbart“, in der Calle Bissaton. Spanische Brüder, Sozialisten, laßt uns singen: die Internationale! Jawohl, wir singen, daß der Palazzo Reale erzittert. — Aber hier kommen die Carabineros, königliche Gendarmen: halt, im Namen des Diktators, ihr seid verhaftet. Was?! schreit der Abu: Verhaften, uns, raffige Athleten: Biß — paff — pumm — dem ersten Carabineros fliegt der Dreimakter vom kahlen Schädel, der dreißigste Sut. Alles ganz gut — aber der Abu wird arretiert. Er kommt vor Gericht: Ein Jahr Gefängnis! Täbliche Beleidigung der heiligen Hermandad. Da weinten die Wäckerinnen: die am silbernen Fluße, am Manzanares. Und in der Nacht fielen goldene Tränen auf das Bettelbett unseres eingeperrten armen Abu. (Selbst der Himmel hatte Mitleid.) Das war Madrid!

Aber der Bopp wandert wieder. Meine. Traurig. Ueber die Hochsteppe Neu-Kastiliens. Nach Andalufen — in den Gärten winkten die Rosen. Granada. Die Alhambra läßt ihre Fontänen springen. Die Sierra Nevada, 3500 Meter hoch, ewiger Schnee. Doch das Antlitz der Sonne wie ein Löwenhaupt: diese funkelnden, blinkenden Augen!

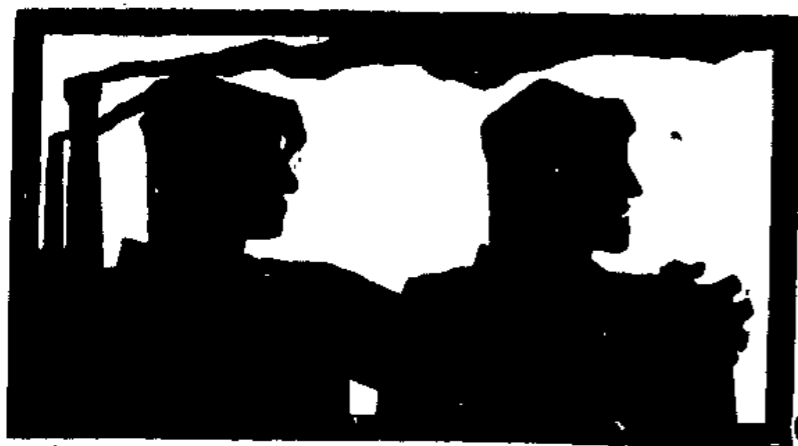
Nun die See. Wellen und Lilien im wogenden Wechsel: Das Mittelmeer! Das Mittelmeer! Und die rosiggelbe Stadt Malaga. Und in Malaga die schöne junge Witwe, strahlend wie eine Mandelblüte. Wie heißt sie? Donna Sabella. Was treibt sie? Sie ist Witwifrau. Tüchirilli! Schöne Wittib — und Witwifrau dazu. Roter Wein und rote Küße? Na — braunen Wein: Malaga! Malaga! Und braune Küße. Sabellas Wangen sind braun wie Bernstein. Und Sabella ist verliebt. O, wie schade! Na wie fein! Verliebt in den Bopp. Seine Muskeln, der Umfang seiner Brust, sein freies Auge, sein herzliches Lachen. O Dios, l'amore: l'amore!

Hochzeit. Hochzeit zu Malaga. Bopp der Athlete heiratet die junge Wittib Sabella. Herr Birt Bopp: Wir gratulieren!

Nach dreiviertel Jahren. Der Bopp ist wieder auf See. Seiger auf einem Dänen, rot-weiß flattert am Heck der Danebrog: über der grauen, braunenden Nordsee. Ueberübermorgen sind wir in Kopenhagen — und von dort ist wohl nicht weit in die Heimat. Der Bopp wird euch erzählen: das Graue vom Himmel wird er herab erzählen, daß der Himmel blau und golden werde: echt spanisch!

Auf See. Die Feuer knurren und röcheln. Bopp — mehr Kohlen hinein! Bopp flucht leise vor sich hin: Malaga, Carachos, na: das war nig für mich, dieses saule Leben: nur Wein und Liebe! Ich ward ganz schlapp, wie ein gärenender Sumpf ward ich. Kohlen vor die Feuer! Dampf, gut: 10½ Atmosphären! Und droben an Deck heult der Sturm. Das ist das Richtige: Rämpfen, stürmen, ringen, singen — auch mal entbehren. Fort mit dem faulen süßigen Leben! Immer mehr Kohlen vor die Feuer: Ueberübermorgen sind wir in Kopenhagen. Kollege — laßt du noch Stiff? Besto!

Max Dortu.



Jungfamerad

Mensch im Eisen.

Von Heinrich Lersch.

Ein Kesselwagen ist eine schöne Sache. Wir machen bloß noch Wagontransportkessel: zwanzig Kubikmeter Inhalt. Ist das nicht eine passable Kommission? dreitausend Stück. Das ist unsere nächste Arbeit; aber wir machen sie nicht allein.

Wir arbeiten ja an einem einzigen mit unserer Kolonne vierhundert Stunden, mit unseren zehn Mann jede Woche zwei Stück, da hätten wir dreißig Jahre zu tun! Nein nein, wir suchen uns noch vierzig Mann und so werden wir, wenn wir fleißig sind, in fünf Jahren fertig. Das gibt eine hübsche Reihe: von Köln bis Bonn, ein Kesselwagen hintereinander, einer nach dem anderen, immerfort Wagontransportkessel. Wozu? Warum? Ach mein Junge; wir werden da keinen Wein hineinfüllen, auch keinen Sprit, noch Teer, noch Benzol, noch Petroleum! Ich mache die Kessel einzig und allein für dich! Nur für dich, mein Junge, für keinen anderen. Ich sah dich gestern Abend hinter der Trommel herlaufen, und so marschieret ihr die Nachbarschaft ab mit einem Lärm, der nicht aus der Neunten Sinfonie stammt. Sie trommeln dich in einen neuen Krieg hinein, mein Junge, mit den alten Liedern in einen neuen Krieg. Darum machen wir jetzt dreitausend Transportkessel! Dein Vater hatte fünf Liter Männerblut im Leib. Und im letzten Krieg ist das Blut von zwölf Millionen Männern auf dem Felde der Ehre vergossen worden. Deines Vaters Blut, meines Bruders Blut und aller Väter und Söhne Blut. Diese fünfmal zwölf Millionen Liter füllen wir in die Kessel hinein, und siehe, es ist keiner zu viel und keiner zu wenig.

Diesen Zug mit hundert Lokomotiven bespannt, fahren wir durch Europa, durch jede Stadt, durch jedes Dorf, Tag und Nacht! Daß du es endlich siehst, was daraus wird, wenn du der Trommel nachläufst.

*) Aus dem gleichnamigen Werke, erschienen in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig. Zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum.

Hoppla, wir leben!

Aus einem Bühnenwerk von Ernst Collier

Karl Thomas: Wie alt seid ihr?
Grete: Dreizehn.
Fritz: Fünfzehn.
Karl Thomas: Und ihr heißt?
Fritz, Grete: Fritz, Grete.
Karl Thomas: Was wißt ihr denn vom Krieg? Hat Mutter euch von ihm erzählt?
Grete: Nein, Mutter nicht.
Fritz: In der Schule müssen wir doch die Schlachten lernen.
Grete: An welchem Tag sie waren.
Fritz: Wohlwilling, daß der Weltkrieg kommen mußte. Als ob wir nicht schon genug zu lernen hätten in der Geschichtsstunde. Von 1618 bis 1648 dauerte der Dreißigjährige Krieg.
Grete: Dreißig Jahre.
Fritz: Von dem müssen wir halb so viel Schlachten lernen wie vom Weltkrieg.
Grete: Und dabei hat der nur vier Jahre gedauert.
Fritz: Die Schlacht bei Blücher, die Schlacht an der Marne, die Schlacht bei Verdun, die Schlacht bei Tannenberg...
Grete: Und die Schlacht bei Tannenberg...
Karl Thomas: Mehr wißt ihr nicht vom Krieg?
Fritz: Es genügt uns.
Grete: Und wie! Das letzte Mal habe ich „mangelhaft“ bekommen, weil ich 1916 und 1917 verwechelte.
Karl Thomas: Und... was wißt ihr von der Revolution?
Fritz: Von der brauchen wir nicht so viel Zahlen zu lernen, die ist einfacher.
Karl Thomas: Was bedeuten Leid und Erkenntnis von Millionen, wenn schon die nächste Generation dafür taub ist? Alle Erfahrung rinnt ins Bodenlose.
Fritz: Was sagen Sie?
Karl Thomas: Was ihr vom Krieg lerntet, ist sinnlos. Nichts wißt ihr vom Krieg.
Fritz: Wohl.
Karl Thomas: Wie ihn euch schildern?... Mütterchen wurden... nein. Am Ende der Straße, was steht da?
Fritz: Eine große Fabrik.
Karl Thomas: Was wird darin gemacht?
Fritz, Grete: Säuren... Gas.
Karl Thomas: Was für Gas?
Grete: Weiß ich nicht.
Fritz: Aber ich. Giftgas.
Karl Thomas: Wozu dient das Giftgas?
Fritz: Wenn die Feinde uns überfallen.
Grete: Ja, gegen die Feinde, wenn sie unser Land verwüsten wollen.
Karl Thomas: Wer sind denn eure Feinde?
Fritz, Grete (schweigend).
Karl Thomas: Gib mal deine Hand, Fritz... Was wird mit dieser Hand, wenn eine Kugel sie durchlöchert?
Fritz: Danke schön. Futsch.
Karl Thomas: Was wird mit deinem Gesicht, wenn es ein Quentchen Giftgas umwehelt? Hast du es in der Schule gelernt?
Grete: Und ob! Zerfressen wird's. Kabetahl. Und dann stirbt man.
Karl Thomas: Möchtest du sterben?
Grete: Sie fragen komisch. Natürlich nicht.
Karl Thomas: Und nun will ich euch eine Geschichte erzählen. Rein Märchen. Eine Geschichte, die passiert ist, bei

der ich dabei war. Während des Krieges lag ich irgendwo in Frankreich im Schützengraben. Plötzlich, nachts, hörten wir Schreie, so, als wenn ein Mensch furchtbare Schmerzen erleidet. Dann war's still. Wird wohl einer zu Tode getroffen sein, dachten wir. Nach einer Stunde vernahmen wir wieder Schreie, und nun hörte es nicht mehr auf. Die ganze Nacht schrie ein Mensch. Den ganzen Tag schrie ein Mensch. Immer klagender, immer hilfloser. Als es dunkel wurde, stiegen zwei Soldaten aus dem Graben und wollten den Menschen, der verwundet zwischen den Gräben lag, hereinholen. Schüsse knallten und beide Soldaten wurden erschossen. Nochmal versuchten's zwei. Sie lehrten nicht wieder. Da kam der Befehl, es dürfe keiner mehr aus dem Graben. Wir mußten gehorchen. Aber der Mensch schrie weiter. Wir konnten nicht, war er Franzose, war er Deutscher, war er Engländer. Er schrie wie ein Säugling schreit, nach, ohne Worte. Vier Tage und vier Nächte schrie er. Für uns waren es vier Jahre. Wir stopften uns Papier in die Ohren. Es half nichts. Dann wurde es still. Ach, Kinder, vermöchte ich Phantasie in euer Herz zu pflanzen wie Korn in die durchgepflügte Erde. Könnt ihr euch vorstellen, was da geschah?

Fritz: Doch.
Grete: Der arme Mensch.
Karl Thomas: Ja, Mädchen, der arme Mensch. Nicht: der Feind. Der Mensch. Der Mensch schrie. In Frankreich und in Deutschland und in Rußland und in Amerika und in England. In solchen Stunden, in denen man, wie soll ich's sagen, hinabsteigt bis zum Grundwasser, fragt man sich: Warum das alles? Wofür das alles? Würdet ihr auch so fragen?
Fritz, Grete: Ja.
Karl Thomas: In allen Ländern grübelten die Menschen über die gleiche Frage. In allen Ländern gaben sich Menschen die gleiche Antwort. Für Gold und für Land und für Kohlen, für lauter tote Dinge, sterben, hungern, verzweifeln die Menschen, hieß die Antwort. Und dort und dort standen die Nutzigsten des Volkes auf, riefen den Blinden zu ihr hartes Nein, wollten, daß dieser Krieg aufhört und alle Kriege, kämpften für eine Welt, in der es alle Kinder gut hätten. Aber bei uns verloren sie, wurden besiegt.

Unser Kampf gegen den Krieg.

Da der Krieg besonders der Arbeiterschaft große Not und viel Elend gebracht hat, zählen die freiorganisierten Bergarbeiter zu den schärfsten Gegnern eines blutigen Kriegens. Dieser Wille wurde in der Nachkriegszeit wiederholt bei der Tagung von internationalen Kongressen programmatisch zum Ausdruck gebracht. So erklärten sich zum Beispiel die Teilnehmer auf dem ersten Kongress der Bergarbeiterinternationale in der Nachkriegszeit zu Genf einstimmig für folgende Entscheidung:

„Die Delegierten des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf, die nach der Wiederherstellung der Bergarbeiterinternationale auf festerer Grundlage als vorher, in Erwägung, daß der Internationale Bergarbeiterverband durch die Lehren der Vergangenheit den Frieden der Welt sicherstellen kann,

in Erwägung, daß die so wichtige Frage des Krieges und des Friedens schon mehrfach in Internationalen Kongressen behandelt und die Frage des Generalstreiks gegen den Krieg von einzelnen Gruppen der Bergarbeiterinternationale in nicht zustimmendem Sinne beantwortet wurde,

in Erwägung, daß durch die Anwendung eines solchen Beschlusses der ungeheuerliche Krieg von 1914-18 hätte vermieden werden können,

beschließen aus diesem Grunde und um die Wiederkehr eines solchen Verbrechens, das eine Schmach der Menschheit darstellt, zu verhindern:

Der Internationale Bergarbeiterverband ist bereit, den internationalen Generalstreik zu erklären im Falle einer aggressiven Militärpolitik irgendeines Monarchen oder einer Regierung, oder über solche Länder den Boykott zu verhängen, nötigenfalls unter Anrufung der Mithilfe anderer Organisationen.“

Der diesjährige Kongress zu Nîmes in Südfrankreich erhartete diesen Beschluß durch nachstehende Entscheidung:

„Der Kongress fordert auf zur Intensivierung der allgemeinen Propaganda für den Frieden. Diese Propaganda muß sich gegen die Ursachen des Krieges, gegen seine Wirkungen richten und für den Völkerverbund eintreten, weil dieser ein Teil des gemeinsamen Ideals der organisierten Arbeiterschaft darstellt.“

Dieses Ergebnis darf nicht nur eine Propaganda der Delegierten bleiben, sondern muß Herzenssache jedes freiorganisierten Bergarbeiters werden!

Bergmannsleben vor 100 Jahren.

In seiner „Harzreise“ schildert Heinrich Heine eine Grubenfahrt und Begebenheiten im Bergmannsleben, wie er sie im Jahre 1824 erlebt hat. Wir bringen im folgenden diese Schilderung auszugsweise wieder:

Das Befahren der zwei vorzüglichsten Clausthaler Gruben, der Dorothea und Karolina, fand ich sehr interessant, und ich muß ausführlich davon erzählen.

Eine halbe Stunde vor der Stadt gelangt man zu zwei großen schwarzlichen Gebäuden. Dort wird man gleich von den Bergleuten in Empfang genommen. Diese tragen dunkle, gewöhnlich stahlblaue, weite, bis über den Bauch herabhängende Jacken; Sojen von ähnlicher Farbe, ein hinten aufgebundenes Schurzfell und kleine grüne Filzhüte, ganz randlos, wie ein abgekloppter Regal. In eine solche Nacht, bloß ohne Hinterleder, wird der Besuchende ebenfalls eingekleidet, und ein Bergmann, ein Steiger, nachdem er sein Grubenlicht angezündet, führt ihn nach einer dunklen Oeffnung, die wie ein Kaminschloß aussteht, steigt bis an die Brust hinab, gibt Regeln, wie man sich an den Leitern festzuhalten habe, und bittet angstlos zu folgen. Die Sache selbst ist nicht weniger als gefährlich; aber man glaubt

es nicht im Anfang, wenn man gar nichts vom Bergwerkswesen versteht. Es gibt schon eine eigene Empfindung, daß man sich ausziehen und die dunkle Delinquententracht anziehen muß. Und nun soll man auf allen Vierern hinab klettern, und das Loch ist so dunkel, und Gott weiß, wie lang die Leiter sein mag. Aber bald merkt man doch, daß es nicht eine einzige, in die schwarze Schwärze hinablaufende Leiter ist, sondern daß es mehrere von fünfzehn bis zwanzig Sprossen sind, deren jede auf ein kleines Brett führt, worauf man stehen kann, und worin wieder ein neues Loch nach einer neuen Leiter hinableitet. Ich war zuerst in die Karolina gestiegen. Das ist die schmutzigste und unerfreulichste Karolina, die ich je kennen gelernt habe. Die Leitersprossen sind totig-naß. Und von einer Leiter zur andern geht's hinab, und der Steiger voran, und dieser beteuert immer, es sei gar nicht gefährlich, nur müsse man sich mit den Händen fest an den Sprossen halten und nicht nach den Füßen sehen, und nicht schwindlig werden, und nur beiseite nicht auf das Seitenbrett treten, wo jetzt das schnurrende Tonnenseil heraufgeht, und wo vor vierzehn Tagen ein unvorsichtiger Mensch hinunterstürzte und den Hals gebrochen hat. Da unten ist ein verworrenes Kau- und Summen, man stößt beständig an Balken und Seile, die in Bewegung sind, um die Tonnen mit geklopften Erzen, oder das herborgekilderte Wasser herauf zu winden. Zuweilen gelangt man auch in durchgehauene Gänge, Stollen genannt, wo man das Erz waschen sieht, und wo der einsame Bergmann den ganzen Tag sitzt und mühsam mit dem Hammer die Erzstücke aus der Wand herausklopft. Bis in die unterste Tiefe bin ich nicht gekommen; unter uns gesagt, dort, wohin ich kam, schien es mir bereits tief genug; — immerwährendes Brausen und Säufen, unheimliche Maschinenbewegung, unterirdisches Quellgeriesel, von allen Seiten herabrieselndes Wasser, qualmig aufsteigende Erddünste, und das Grubenlicht immer bleicher hineinsimmernd in die einsame Nacht. Wirklich, es war betäubend, das Atmen wurde mir schwer, und mit Mühe hielt ich mich an den glitschigen Leitersprossen.

Nach Luft schnappend, stieg ich einige Duzend Leitern wieder in die Höhe, und mein Steiger führte mich durch einen schmalen, sehr langen, in den Berg gebauenen Gang nach der Grube Dorothea. Hier ist es luftiger und frischer, und die Leitern sind reiner, aber auch länger und steiler als in der Karolina. Hier wurde mir auch besser zu Mute, besonders, da ich wieder Spuren lebendiger Menschen wahrte. In der Tiefe zeigten sich nämlich wandelnde Schimmer; Bergleute mit ihren Grubenlichtern kamen allmählich in die Höhe mit dem Gruße „Glück auf!“ und mit demselben Widergruße von unserer Seite stiegen sie an uns vorüber; und wie eine befreundet ruhige und doch zugleich qualend rätselhaft Erinnerung trafen mich mit ihren feinsinnig klaren Blicken, die ernst-frommen, etwas blaffen und vom Grubenlicht geheimnisvoll beleuchteten Gesichter dieser jungen und alten Männer, die in ihren dunklen, einsamen Bergschächten den ganzen Tag gearbeitet hatten, und sich jetzt hinauf sehnten nach dem lieben Tageslicht und nach den Augen von Weib und Kind.

Die meisten Bergarbeiter wohnen in Clausthal und in dem damit verbundenen Bergstädtchen Bellerfeld. Ich besuchte mehrere dieser waderen Leute, betrachtete ihre kleine häusliche Einrichtung, hörte einige ihrer Lieber, die sie mit der Zither, ihrem Lieblingsinstrumente, gar hübsch begleiteten, ließ mir alte Bergmärchen von ihnen erzählen und auch die Gebete herlesen, die sie in Gemeinschaft zu halten pflegen, ehe sie in den dunklen Schacht hinuntersteigen, und manches gute Gebet habe ich mit gebetet. Ein alter Steiger meinte sogar, ich sollte bei ihnen bleiben und Bergmann werden; und als ich dennoch Abschied nahm, gab er mir einen Auftrag an seinen Bruder, der in der Nähe von Goslar wohnt, und viele Küsse für seine liebe Nichte.

Jugendtag in Hamburg.

Am 1. und 2. September 1928 findet in Hamburg ein großes Jugendtreffen der freien Gewerkschaften statt. Die Schönheit der Veranstaltung und die Wucht der Aufmärsche der Jugend mit klingendem Spiel und roten Fahnen sollen der Tagung des Bundes der freien Gewerkschaften Deutschlands einen weichen Aufschlag geben. Überall, wo in Deutschland die gewerkschaftliche Jugend ihre Jugendtage gefeiert hat, herrschte helle Begeisterung und Freude. Nicht anders soll es in Hamburg werden. Dafür legt sich die Hamburger Gewerkschaftsjugend ins Zeug. Sie wird alles aufbieten, um den vielen jungen Gästen, die aus Nord und Süd und West in Ertragsigen und auch in kleinen Gruppen nach Hamburg kommen, den Aufenthalt zu einem unvergeßlichen Erlebnis zu machen.

Lieber Jungfamerad! Wir rufen dich auf und bitten dich: komme mit nach Hamburg, der Stadt des Welthandels und der Schifffahrt, der Stadt, in der es eine große, starke Arbeiterbewegung gibt, der Stadt, die von schönen Ausflugsgebieten umgeben ist und in ihrem Herzen den wunderbaren Blick der Mitter bietet. Wir wissen, auch für dich bringt eine Fahrt nach Hamburg hohe Kosten an Fahrgeldern mit sich. Für die Vorbereitungen sind oftmals gar noch eine Reihe Unkosten nötig. Wir hoffen aber, daß, wenn du schon jetzt zu sparen anfängst und alle Möglichkeiten ausnütze, um kleine Zuwendungen zu deinem Reisegeld zu erhalten, du es fertigbringen wirst, die nur 50 Prozent betragenden Kosten des sonst üblichen Fahrgeldes zusammen zu bekommen. Bekanntlich fährt auch die Gewerkschaftsjugend, wenn sie in Gruppen von mindestens 10 Jugendlichen ihre Reise antritt, für den halben Preis. Du willst daraus ersieht, daß nicht nur du aus deinem Ort, sondern noch viel mehr in Hamburg erwartet werden. Darum bespreche es mit deinen Eltern, mit deinen Kameraden und gewinne sie für die Fahrt nach Hamburg.

Alle Hamburgfahrer werden in Wohnungen der Arbeiterschaft untergebracht. Die gesamten Veranstaltungen sind so geplant, daß sie die Teilnehmer nicht überanstrengen. Der Festbeitrag beträgt 1,50 M. Die Teilnehmer erhalten Festabzettel, freies Nachtquartier mit Morgentafel (kein Maschinenquartier).

Veranstaltungen:

Sonnabend, 1. September, 21 Uhr: Begrüßungsfeier, Fackelzug der Hamburger Jugend.
Sonntag, 2. September, 6 Uhr: Großes Wecken; 7,30 Uhr: Abmarsch zu den künstlerischen Morgenfeiern; 10 Uhr: Empfang der Jugendführer durch den Senat der Stadt Hamburg; 10,30 Uhr: Jugendkundgebung vor dem Rathaus.
Sonntag-Nachmittag: Festvorstellungen im Deutschen Schauspielhaus und im Hamburger Stadttheater; sportliche Veranstaltungen; Esplanadefahrten mit Beschäftigung von Dampfdampfern; Führungen.
Montag, 3. September. In Aussicht genommen: Verbilligte Dampferfahrten nach Cuxhaven und Helgoland.

Die Lohnverhandlungen im poln.-obereschl. Bergbau.

Wer provoziert? — Der frühere Vorsitzende des Schlichtungsausschusses als Schutengel der bedrängten Industriebarone.

Am 28. Juni fanden vor dem Hauptauschuss Verhandlungen für den Bergbau statt. In Abwesenheit des Herrn Tarnowski eröffnete Bergassessor Schulte die Sitzung. Die Tagesordnung umfaßte zwei Punkte:

1. Gleichstellung des sächsischen Reviers mit dem Zentralrevier.
2. Abschaffung der Pause über Tage.

Eingangs wurde seitens der Arbeitnehmerschaft darauf hingewiesen, daß durch Spruch des Schlichtungsausschusses die Arbeitgeber verpflichtet sind, diese beiden kritischen Punkte zu erledigen und deshalb hoffe die Arbeitnehmerschaft, daß von Seiten der Arbeitgeber dem Rechnung getragen werde. Herr Bergassessor Schulte, der im Namen des Arbeitgeberverbandes sprach, führte zu Punkt 1 als Argumentation die längst abgedroschenen Phrasen von „schlechter Konjunktur“ und „schlechter Kohlenbeschaffenheit“ an und erklärte, daß arbeitgeberseitig an eine Gleichstellung der beiden Reviere nicht zu denken sei. Diese Forderung würde ohne weiteres abgelehnt werden. Zu Punkt 2 erklärte er, daß der Hauptauschuss für die Frage nicht zuständig sei und nur der Sachauschuss in Frage käme. Nachdem seitens der Arbeitnehmerschaft darauf hingewiesen wurde, daß der Arbeitgeberverband die Sitzung einberufen und die Tagesordnung gestellt hat, also auch die heutige Sitzung berechtigt sei, bequamen sich die Herren zur weiteren Verhandlung über Punkt 2. Nun wurden von Seiten der Arbeitnehmerschaft die Forderungen begründet mit dem Hinweis, daß die Feinerzeit der Arbeitnehmerschaft aufgezwungenen Pausen durch den Schlichtungsspruch dazu dienen sollten, um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich zu stärken oder Nahrung zu sich zu nehmen, damit die Leistungsfähigkeit des Einzelnen aufrecht erhalten wird. Doch haben die eingeführten Pausen gerade das Gegenteil hervorgerufen und werden heute zur weiteren Ausbeutung der Einzelnen ausgenützt.

Auf einzelnen Anlagen werden die Nebentagearbeiter ohne Pausen 14 Stunden beschäftigt bei nur 5-stündiger Bezahlung, auf anderen Gruben dagegen werden Arbeiter auf Grund der Pausen in der Arbeitszeit beschränkt auf 7 Stunden, bei eintägigen Verwaltungen dagegen werden die Pausen zu 10 bis 15 Minuten eingelegt, so daß der Arbeiter tatsächlich keine Pause zum Ausruhen hat, doch aber nachträglich 1 1/2 Stunden länger arbeiten muß. Diese und noch andere Momente zeigen, daß mit den Pausen Mißbrauch getrieben wird, daher sieht sich die Arbeits-

gemeinschaft veranlaßt, auf ihrer Forderung zu bestehen und verlangt kategorisch die Abschaffung der Pausen.

Hierauf zogen sich die Arbeitgeber zur Beratung zurück, die beinahe eine Stunde dauerte, worauf der frühere Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Berggraf Nodowski, das Wort ergriß und den Standpunkt der Industriebarone bekannt gab. Demnach spielen die betriebliehen Verhältnisse eine kleinere Rolle, wohl dagegen wieder einmal die „Konjunktur“ und die „wirtschaftliche Lage“, deren „schweres Opfer“ die Herren tragen müssen, so daß mit dem Erlös der exportierten Kohle nicht einmal der Arbeitslohn gedeckt wird.

Ein zweiter wichtiger Grund ist seiner Ansicht nach zur Aufrechterhaltung der Pausen darin zu suchen, daß der Nebentagearbeiter dem unter Tage Beschäftigten in der Arbeitszeit nicht gleichgestellt werden kann. Wollte man dieses im Ernstfalle tun, dann wäre es ein Vergehen an dem unter Tage Beschäftigten. Darum laun ihrerseits — das heißt seitens der Grubenbarone — keine Rede sein von der Abschaffung der Pausen. Zum Schluß erklärte Herr Nodowski ausdrücklich: „Freiwillig denken wir nicht daran, und eine Instanz gibt es nicht, die uns dazu zwingen könnte.“ Da nun auf Grund dieser rücksichtslosen Erklärung dieser Kohlenbarone und gar noch eines früheren Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses keine Möglichkeit vorhanden war, zu einem Resultat zu kommen, wurde die Sitzung abgebrochen und diese Forderungen dem Schlichtungsausschuss zur nochmaligen Entscheidung vorgelegt.

Die Verhandlungen zeigten wieder einmal das wahre Gesicht der Kohlenbarone und ihre Methoden. Wird doch eine Sitzung unter dem Einfluß des Schlichtungsausschusses anberaumt, um bei derselben zu erklären, daß alles abgelehnt wird. Es zeugt auch wahrhaftig von nie dagewesener Unverschämtheit, wenn erklärt wird, „der Hauptauschuss ist nicht zuständig“, muß man doch zu der Ansicht kommen, daß die Herren nicht einmal den Tarifvertrag kennen. Es besagt doch der § 13 klipp und klar, wann der Hauptauschuss zuständig ist.

Armer obereschlesischer Bergarbeiter, wie wirst du ausgebeutet! Die Kohlenbarone jammern trotz ihrer hohen Gewinne und wollen nur auf deine Kosten sich bereichern, während sie für dich nichts übrig haben. Darum, Bergarbeiter, wach auf und werdet eintig! Nur Einigkeit macht stark! Steht ein in eure Kampforganisation, in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Aus dem Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, G. B.

In Nr. 153 des „Neuen Tageblatts“ vom 2. Juli 1928 wird ausgangsweise der Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens veröffentlicht. Der erste Teil befaßt sich mit der Wirtschaftslage der deutschen Industrie im allgemeinen und der des Kohlenbergbaues im besonderen. Dieser Bericht bringt nichts Neues, nichts, was nicht in den Tageszeitungen schon längst zu lesen war, nämlich die Bestätigung dafür, daß ein Aufschwung der Industrie und des Bergbaues stattgefunden hat. Wir wollen es uns deshalb schenken, auf diesen Teil des Berichtes näher einzugehen. Nur eins möchten wir dabei hervorheben: die Bewertung der Lohnpolitik. Es ist die alte Walze, die die Unternehmer immer wieder auflegen, wenn sie gegen die „staatliche“ Lohnpolitik zu Felde ziehen. Im Bericht des Bergbauvereins verweist man sich sogar dazu, die staatliche Lohnpolitik zu einem Gefahrenmoment erster Ordnung zu stempeln. Man will dieses System also los sein. Es ist ein Schachspiel für Götter, wenn man die Anträge der kommunikativen Opposition in den Gewerkschaften mit den Forderungen der Unternehmer vergleicht. Beide wollen dasselbe!

Die wirtschaftliche Lage des niederschlesischen Bergbaues im Jahre 1927 war, selbst nach Angaben des Vereins für die bergbaulichen Interessen, außerordentlich gut. Auch das erste Halbjahr 1928 dürfte, von wenigen örtlichen Störungen abgesehen, dieselbe Tendenz beibehalten haben. Daß dem so ist, geht ja auch aus dem Geschäftsbericht der Koks- und Chemische Fabriken L. G. hervor, die einen recht ansehnlichen Reingewinn erzielt hat. Die großen Halbenbenzene in Koks waren am Ende des Jahres vollständig geräumt. Der Bericht hebt dann besonders hervor, daß „infolge der Notlage des niederschlesischen Reviers“ ein Teil der Werke sich zu einer „niederschlesischen Bergbau-L. G.“ (Niesbag) zusammengeschlossen hat. Daß sie das nicht freiwillig getan haben, kann man ihnen nachfühlen. Trotzdem muß heute seitens der Arbeitnehmerschaft nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß der Zusammenbruch nicht zuzugestimmt. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß das auch die Ansicht der Reichs- und Staatsbehörden ist und daß darin weiter die Ursache begründet ist, daß die Kreditgewährung nicht vorwärts kommen will.

Trotzdem man auf der einen Seite zugibt, daß die Konjunktur auch im niederschlesischen Bergbau gut gewesen ist, verteidigt man sich auf der anderen Seite dazu, die Lohnentwicklung im Revier zu kritisieren. Man schreibt in dem Bericht, daß man dem niederschlesischen Bergbau endlich einmal ein paar Jahre ruhiger Entwicklung gönnen möchte. Das soll nichts anderes heißen, als daß die Lohnsteigerungen im niederschlesischen Bergbau „ungefähr“ gewesen seien. In der Öffentlichkeit könnte der Eindruck erweckt werden, als ob es wirklich so wäre. Trotzdem wir das schon oftmals widerlegt haben, fühlen wir uns veranlaßt, auch hier diese Behauptung zurückzuweisen.

Der Barverdienst der Gesamtbelegschaft im niederschlesischen Revier betrug im Jahre 1927 im

Januar	541 M.	Juli	588 M.
Februar	543 „	August	591 „
März	561 „	September	594 „
April	569 „	Oktober	599 „
Mai	575 „	November	603 „
Juni	582 „	Dezember	591 „

Die Zunahme betrug demnach von Januar bis Dezember etwa 9,2 Prozent. Stellen wir demgegenüber die Leistungssteigerung. Die Leistung betrug im Januar 765 kg, im Dezember 833 kg, also eine Leistungssteigerung von ebenfalls rund 9 Proz.

Demnach steht fest, daß die Lohnsteigerung durch die Leistungssteigerung ausgeglichen worden ist. Wir haben schon wiederholt nachgewiesen, daß durch die letzte Lohnbewegung eine wirtschaftliche Verbesserung der Arbeitnehmerschaft nicht erfolgt ist. Selbst die Voraussetzungen, die der Reichsarbeitsminister an die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 17. Dezember

1927 knüpfte, hatten sich in keiner Weise erfüllt. Der Reichsarbeitsminister schreibt in seiner Begründung:

„Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau bestand bisher ein außerordentlich großer Abstand zwischen den Tariflöhnen und den tatsächlichen Verdiensten. Dieser Abstand mußte unbedingt vermindert werden. Das Ausmaß der im Schiedspruch vorgeschlagenen Erhöhung der Tariflöhne trägt dieser Forderung Rechnung. Die Tariflöhne sind durch den Schiedspruch den bisherigen tatsächlichen Verdiensten so stark angenähert worden, daß auch eine Steigerung der tatsächlichen Verdienste der Bergarbeiter zu erwarten ist. Diese Erwartung ist um so gerechtfertigter, als der Schiedspruch eine beträchtliche Erhöhung der Löhne für die im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter vorsieht.“

Die wirtschaftliche Lage der niederschlesischen Bergarbeiter läßt eine solche Lohnaufbesserung geboten erscheinen. Die Zusammenlegung der Mehrzahl der Werke rechtfertigt die Erwartung, daß die vorbezeichnete Aufbesserung der gesamten Löhne auch wirtschaftlich tragbar ist. Aus diesen Gründen erfolgt die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.“

Der Reichsarbeitsminister sagte also wörtlich, daß die wirtschaftliche Lage der niederschlesischen Bergarbeiter eine Lohnaufbesserung geboten erscheinen lasse. Daß sie trotzdem nicht eingetreten ist, haben wir dem Herrn Reichsarbeitsminister am Anfang dieses Jahres schriftlich mitgeteilt. Es ist deshalb unverständlich, daß der Bergbauverein in seinem Bericht zu der Annahme gelangt, daß der niederschlesische Bergbau einige Jahre Ruhe haben müßte. Die niederschlesischen Bergarbeiter denken darüber wesentlich anders. Gläubt der Bergbauverein im Ernst, die heutigen Zustände in der Lohnbemessung aufrecht erhalten zu können?

Wir haben seit 1924 eine fast 300prozentige Steigerung der Invaliden zu verzeichnen. Die Krankheitsziffern haben eine Höhe angenommen, die das Schlimmste befürchten läßt. Die täglichen Unfälle mehrern sich in erschreckender Weise, so daß auch die Bergbehörden nicht mehr ein noch aus wissen, wie sie diesem Uebel entgegenzutreten sollen. Das alles ist doch unftreitig zurückzuführen auf die außerordentlich niedrigen Löhne, die die schlechte Ernährungsweise und den körperlichen und geistigen Verfall der niederschlesischen Bergarbeiterschaft heraufbeschwören.

Soll dieser Prozeß aufgehalten werden, dann kann es nicht einige Jahre „Ruhe“ geben; sondern es muß vielmehr mit allen Kräften daran gearbeitet werden, die sozialen Verhältnisse in Niederschlesien zu bessern. Geschieht das nicht, dann tragen die Unternehmer die Verantwortung für die erschreckenden sozialen Folgen, die dann unausbleiblich sind.

Das Ende eines internationalen Großspekulanten.

Bei einer Fahrt im Flugzeuge fiel der in letzter Zeit oft genannte an allen internationalen Börsen bekannte belgische Finanzmann Alfred Löwenstein in den Nermektanal. Löwenstein pflegte in eigenen Flugzeugen von einem Börsenplatz zum anderen zu reisen, um seine Geschäfte abzuwickeln. Sensationell wie der Aufstieg dieses Mannes war, ist auch sein Ende gewesen. Die Begleiter hatten das Verschwinden Löwensteins kaum gemerkt. Angeblich soll er den Toilettenraum im Flugzeug aufgesucht haben, von wo er nicht mehr zurückkehrte. Erst nach einiger Zeit begann man nach ihm zu suchen. Aus einer offenen Kiste im hinteren Teile des Flugzeuges war Löwenstein in den Nermektanal hinabgestürzt.

Damit endete ein Großspekulant von seltenem Ausmaß. Löwenstein stammte aus einer Bankiersfamilie geringeren Ansehens. Aus den Stuten der Kriegs- und Nachkriegszeit stieg er

empor. Mit ungeheurem Geschick begann er Goldinggesellschaften aufzubauen, mit Hilfe deren er Werte großer Elektrowerke und der Kunstseidenindustrie an sich zu ziehen vermochte. Er baute eine kanadische Goldinggesellschaft auf unter dem Titel „International Holding and Investment Co.“. In diesem Unternehmen konzentrierte er seine Beteiligungen an internationalen Elektrowerken. Daneben drang er in das Kunstseidengebiet ein und verstand es, große Aktienpakete der Kunstseidenunternehmungen in Belgien, Holland und England aufzukaufen. Von den Vereinigten Glanzstoffwerken Elberfeld und der F. B. Wernberg soll er 10 bis 15 Prozent des Aktienkapitals besitzen haben.

Der Kurzwert der in Löwensteins Goldinggesellschaften vereinigtigen Papiere wurde vor noch nicht langer Zeit auf hundert Millionen Dollar geschätzt. Wenn auch diese Zahl etwas hoch gegriffen war, so ist doch das Vermögen dieses Großspekulanten sehr groß gewesen. Man nannte ihn den „Liegenden Bankier“, weil er überall und nirgends zu sein pflegte. In letzter Zeit hatte er verschiedene Mißerfolge erlitten, die ihn etwas verstimmt haben mögen; u. a. gelang es ihm nicht, die belgische Großbank, Banque de Bruxelles, zu erobern. Man hatte früh genug durch Vorzugsaktien sein Eindringen zu verhindern gewünscht.

Wie es viele Neureichen zu tun pflegen, lebte Löwenstein auf großem Fuße. In Biarritz, diesem herrlichen französischen Seebad, hatte er mehrere Villen zur Verfügung, die er gelegentlich zur Unterbringung seiner Gäste verwendete. Er verdiente viel und gab viel aus. Luxus umgab ihn, wo er sich aufhielt. Es ist ihm nicht gelungen, einen Welttrüß von größerem Ausmaß aufzubauen. Löwenstein hat es vorgezogen, dieser Welt vor der Erfüllung seiner Träume Balet zu sagen. Ein Großspekulant versank im Meer, die Stuten gingen über ihn hinweg. Zurückgelassen ist nichts als die Erinnerung an einen großangelegten Versuch, die alten festverankerten Finanzmächte aus dem Sattel zu heben. Diese sind geliebt und werden ihre Stellung noch lange behaupten.

Im Interesse der Konjunktur.

In allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung — Reichsbahn, Reichspost, Reichswehrministerium, Wirtschaftsbetriebe der Länder und Gemeinden — werden Aufträge erteilt, die für den Gang der Wirtschaft von erheblicher Bedeutung sind.

Bis Unzeit erteilt, werden diese Aufträge den Kapitalbedarf in unerwünschter Weise steigern, die Arbeitsvermittlung vor schwere Aufgaben stellen und auch die Löhne und Preisverhältnisse ungünstig beeinflussen. Werden diese Aufträge unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage und Arbeitsmarktlage erteilt — das ist in sehr erheblichem, wenn auch nicht in vollem Maße möglich —, so werden sie dazu beitragen, Krisen abzuschwächen, flaute Zeiten und ihre Wirkungen auf dem Arbeitsmarkte zu mildern und jenes Gleichmaß zu fördern, wie es für eine zweckmäßige Verwendung der Gesamtarbeitskraft des Volkes zu wünschen ist.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat der Reichsregierung Vorschläge gemacht, um die ungeordnete, der Gesamtwirtschaftslage vielfach noch recht wenig angepaßte Auftragserteilung der öffentlichen Verwaltung in geregelte, dem allgemeinen Interesse zuträglichere Bahnen zu lenken. Wie das Reich sich dazu stellen wird, bleibt abzuwarten.

Aber schon jetzt sollten die neuen Landesarbeitsämter es als eine besonders wichtige Aufgabe ansehen, in ihrem Bereiche die an der Auftragserteilung der öffentlichen Verwaltung beteiligten Dienststellen und die für die Auftragsausführungen in Betracht kommenden Stellen der Wirtschaft zur gemeinsamen Beratung zusammenzuführen, um durch die Verteilung der Aufträge, soweit sie nicht durch die Bedürfnisse der einzelnen Verwaltungen zeitlich von vornherein bestimmt sind, ausgleichend zu wirken und damit zugleich dem Arbeitsmarkt zu Zeiten guter Beschäftigung zu entlasten, zu Zeiten der Arbeitsmarktkrisen dagegen zu beleben.

Ein solches Vorgehen steht naturgemäß eine sehr genaue Vertrautheit mit Wirtschaft und Arbeitsmarktlage und die Fähigkeit zu einer Voraussicht voraus, die auch heute nur in begrenztem Ausmaße vorhanden ist. Je mehr aber die Statistik, insbesondere bei den Dienststellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ausgebaut wird, je mehr auch die Konjunkturforschung verlässliche Grundlagen zur Beurteilung des Wirtschaftsablaufes liefert, um so mehr erscheint es notwendig, die Auftragserteilung der öffentlichen Verwaltung der allgemeinen Wirtschaftslage und der Arbeitsmarktentwicklung anzupassen.

Noch ist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit organisatorischen Aufträgen völlig in Anspruch genommen. Wenn aber mit der bevorstehenden Eingliederung der Arbeitsnachweise in die Reichsanstalt und mit dem Neuaufbau der Arbeitsämter die organisatorischen Fragen zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, werden die Landesarbeitsämter im Sinne einer weitreichenden Arbeitsmarktpolitik sich auch dieser Aufgabe anzunehmen haben.

Wirtschaft und Volkswohlfahrt werden reichen Gewinn davon haben!

Heimvolkshochschule.

Der nächste Männerkurs der Volkshochschulheime Schloß Sachenburg und Dreißigacker findet vom 15. August bis 15. Dezember 1928 statt. Männer, zwischen 20 und 30 Jahren, insbesondere solche des werktätigen Volkes, die an ihrer persönlichen Lebensgestaltung arbeiten, die im öffentlichen Leben Aufgaben sehen und die, um verantwortlich und fruchtbar mitwirken zu können, ihre Kräfte schulen, ihre Kenntnisse erweitern und bereichern wollen, können daran teilnehmen. Die Räte der Schüler sind der Ausgangspunkt der Heimarbeit; nicht der Vortrag, sondern die kameradschaftliche Aussprache, die Mitarbeit aller ist die Form des Unterrichts. Die gesamten Kosten für den Kurs betragen 40 Tagelöhne, soweit nicht besondere Umstände eine andere Regelung fordern.

Auskünfte geben bereitwilligst die Heimleitungen Dreißigacker bei Meiningen (Thüringen), Schloß Sachenburg bei Franzenberg i. Sa.

Die Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Schweiz hatten insgesamt Ende 1927: 247 414 Mitglieder. Davon gehörten 165 692 oder 67 Prozent zu dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften), 48 952 oder 19,7 Prozent zur Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, zum Förderativverband des eidgenössischen Personals 11 092 oder 4,5 Prozent, zum christlich-nationalen Gewerkschaftsbund 14 087 oder 5,7 Prozent, Verband evangelischer Arbeiter und Angestellten 6233 oder 2,5 Prozent und der Landesverband freier schweizerischer Arbeiter 1408 oder 0,6 Prozent. Die überwiegende Zahl der schweizerischen Arbeiter und Angestellten sind also in freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vereinigt.

Schwenkung der Kommunisten in der Einheitsfrontfrage.

In den letzten Jahren mußten sich die Kongresse fast aller internationalen Berufssekretariate wiederholt mit Anträgen auf Aufnahme der russischen Verbände in die betreffenden Berufsinternationalen befassen. Diese Anträge wurden fast immer von norwegischen, finnischen und schwedischen Verbänden gestellt, waren jedoch von russischer Seite inspiriert. Uns auffallend mußte schon betrachtet werden, daß die russischen Gewerkschaftsvertreter auf der im Februar 1928 auf Veranlassung der norwegischen Landeszentrale abgehaltenen norwegisch-finnisch-russischen Einheitskonferenz die Streichung des von den Norwegern vorgesehene Tagesordnungspunktes „Aufnahme der russischen Verbände in die Berufsinternationalen“ forderten, weil sie einfach nicht wünschten, diese Frage mit den finnischen und norwegischen Einheitsfreunden zu diskutieren, eine Tatsache, die selbst den so russenfreundlichen Norwegern unangenehm auffiel. Seitdem haben sich die Verbandstage der russischen Metallarbeiter und Chemiarbeiter (Fabrikarbeiter) mit der Frage der internationalen Beziehungen beschäftigt und hierzu Entschlüsseungen angenommen, die auf eine völlige Schwenkung der Russen in der Einheitsfrage hindeuten. In der vom Metallarbeiterverbandstag angenommenen, sehr weitreichenden Resolution heißt es, „daß die Leiter der Metallarbeiterinternationalen in Bern und deren angegliederte Organisationen auf verbrecherische Weise alle Bewegungen und Aktionen der Arbeiter für Wohnverbesserungen zerstören... daß sie sich zur Verfügung des Trustkapitals stellen und als dessen Agenten fungieren... daß die Amsterdamer Gewerkschaften die stärkste Stütze der Kapitalisten aller Länder sind“ usw. usw. Abschließend stellt die Resolution fest, „daß es unter diesen Umständen nicht nur völlig zwecklos, sondern auch direkt schädlich wäre, irgendwelche Verhandlungen mit dieser Organisation einzuleiten oder Beziehungen anzuknüpfen“.

Die vom Verbandstag der Chemiarbeiter angenommene Resolution enthält fast wörtlich dieselben Beschuldigungen und Beschimpfungen gegen Amsterdam und schließlich mit der Feststellung: „Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Politik und Leitung der sogenannten Fabrikarbeiterinternationalen muß jede Annäherung und jedes Ersuchen um Aufnahme absolut zwecklos erscheinen.“ In Anbetracht der Notwendigkeit der russischen Verbände ist wohl zu erwarten, daß ihre kommenden Verbandstage in dieser Frage ähnliche Resolutionen annehmen, das heißt die Einheitsfrontparolen entweder ganz aufgeben oder ihnen eine neue Fassung geben werden. Eine Umdeutung in dieser Richtung wurde von Losowski bereits auf dem neulich abgehaltenen Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationalen gemacht, indem er ausführte, daß er sich unter der Einheitsfront nicht immer einen organisatorischen Zusammenschluß denke, sondern auch eine Einigung „über die Köpfe der reformistischen Führer hinweg“, oder mit anderen Worten: neue Spaltungen. Selbst wenn die russischen Gewerkschaften die Einheit aufrichtig wünschen, was allerdings nicht aus den beiden Entschlüsseungen zu ersehen ist, würden sie nicht imstande sein, sie herbeizuführen! Denn auf dem genannten Kongreß erklärte Losowski bei der Behandlung der Einheitsfrage und den diesbezüglichen Verhandlungen der russischen Gewerkschaften ausdrücklich: „Die russischen Gewerkschaften unterscheiden sich von denen der übrigen Länder zunächst dadurch, daß sie sich vollständig unter der Leitung der kommunistischen Partei befinden. Das ist für die Politik der sowjetrussischen Gewerkschaftsbewegung entscheidend. Sie war nie unabhängig und wird es nie sein.“ Losowski betonte schließlich, daß Unterhandlungen und Einheitsverhandlungen, „die in den Gängen des Gewerkschaftspalastes stattfinden können oder nicht stattfinden können, keinen Pfifferling wert sind.“ In Anbetracht dieser kategorischen Erklärung Losowskis, der den russischen Gewerkschaften jede Selbstständigkeit in dieser Frage abspricht, ergibt sich die eigenartige Lage, daß die norwegischen und finnischen Verbände gemäß den Beschlüssen ihrer nationalen Gewerkschaftskongresse verpflichtet sind, bei ihren Berufsinternationalen die Aufnahme der russischen Verbände zu beantragen, während diese auf Befehl der kommunistischen Internationalen, die sich mehr für die Annäherung an die westeuropäischen Kapitalisten zu interessieren scheint, erklären, von den Berufsinternationalen nichts wissen zu wollen.

Eine deutlichere Demonstration der Unsnittigkeit und Ausichtslosigkeit der sicher wohlgemeinten aber völlig deplazierten Einheitsbestrebungen der norwegischen und finnischen Gewerkschaften ist wohl nicht denkbar. Hoffentlich werden sie bald die richtige Schlussfolgerung hieraus zu ziehen wissen.

Hütet euch vor Winkelkonsulenten!

Ein entlassener Angestellter der Knappschaft, Eduard Watermeyer, hat in Wanne-Eickel ein Rechtsanwaltsbüro errichtet. Er beibrückt sich in seiner Tätigkeit aber nicht nur auf Wanne-Eickel, sondern erteilt in den verschiedensten Dörfern „Ankunft“ besonders für Knappschaftsanwälde. Natürlich nur gegen Bezahlung. Uns ist ein Fall bekannt geworden, daß der Betreffende 25 Mark bezahlen mußte. Die Streitsache dieses Kameraden, die bereits drei Jahre läuft, hatte Watermeyer zu vertreten. Zum Termin am Amtsgericht in Dinslaken erschien er aber nicht, so daß gegen den Kameraden ein sofort vollstreckbares Verfallurteil erlassen wurde. Obendrein erhielt er noch 12 Mark Gerichtskosten aufgeschl. Klarheit war aber in seine Angelegenheit nicht gebracht worden. Auf Grund des Verfallurteils wurden ihm sämtliche Möbel gepfändet.

Als sich der Kamerad nun an Watermeyer wandte, antwortete ihm dieser in einem Schreiben vom 18. Juni d. J.:

„Übergeben Sie dem Rechtsanwalt die ganzen Handakten und auch das Urteil, dann wird sich das weitere schon finden. Das Verfallurteil ist durchaus noch nicht endgültig, wenn Sie dagegen Einspruch erheben. Es wird dann ein neuer Termin stattfinden. Aber wie oben gesagt, wegen der weiten Entfernung von Dinslaken bis hier, liegt es in Ihrem eigenen Interesse, die Sache einem Rechtsanwalt in Dinslaken in die Hände zu geben.“

Dem Kumpel werden so Kosten auf Kosten auferlegt. Kumpel, sich nur zu, wie du fertig wirst! Herr Watermeyer gibt „Rechtsankunft“, läßt sie sich gut bezahlen und versäumt den Termin. Der Kumpel wird gepfändet, und wenn er seine Sachen behalten will — ob das möglich ist, ist eine andere Frage — dann ist Wanne-Eickel zu weit von Dinslaken entfernt. Der Kumpel selbst muß allen Schaden tragen.

Bergmann, die Klagen auf! Der Bergarbeiterverband ist dein Berater! Warum sind nicht alle dort? Dann brauchet ihr euch nicht für einen Fall einen ganzen Jahresbeitrag abnehmen zu lassen. Hört auf, euch Auskunft von denen zu holen, die das gewerksmäßig betreiben, denen es nur ums Geld geht und die in Wirklichkeit kein Interesse am Wohl des Bergarbeiters haben.

Für Hamburg und Umgegend wirkt auch ein solcher „Rechtskonsulent“. Er nennt sich „Gewerkschaftssekretär der Syndikalisten“, der Herr Spaniol. Klagen werden aufgestellt. Spaniol kann aber niemanden vor Gericht vertreten. Er wird abgelehnt und der Kumpel ist wieder sich selbst überlassen, also selber dazu verurteilt, seine Sache zu verlieren. Herr Spaniol hat aber seine 3-5 Mark für eine Klageschrift eingeheimt und dann kümmert ihn der Ausgang des Prozesses für den Kumpel herzlich wenig!

Heinrich Kaufmann †.

Am 2. Juli starb in Hamburg der Genosse Heinrich Kaufmann, der langjährige Geschäftsführer und Leiter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der Besten einer ist mit ihm dahingegangen. Es war sicher ein ehrlicher Beifall, der aus dem großen Genossenschaftskongreß in Dresden hervorbrach, als das Telegramm Heinrich Kaufmanns verlesen wurde, worin er bedauernd, nicht anwesend sein zu können und dem Genossenschaftstag einen guten Verlauf wünschte. Dieser Beifall wiederholte sich, als seine Freunde, die Genossen Katsch und Lorenz, der emsigen und fruchtbringenden Tätigkeit Kaufmanns gedenkten. Nun ist er nicht mehr. Eine tödliche Krankheit hat auch die urwichtige Kraft dieses Mannes gebrochen. Es dürfte unnötig sein, an dieser Stelle die Verdienste Kaufmanns um die Konsumgenossenschaftsbewegung, seine Bedeutung als Denker, Schriftsteller, Lehrer und Führer besonders hervorzuheben. Dies ist der gegenwärtigen Generation so lebendig, daß es dessen nicht bedarf. Heinrich Kaufmann war auch ein Freund der Gewerkschaften. Er verstand es, infolge seines organisatorischen Talents alle auftretenden Mißbilligkeiten glatt zu überwinden. Deshalb trauert an seiner Bahre nicht nur die Konsumgenossenschaftsbewegung, sondern auch die Gewerkschaften.

Ein gelber Betriebsrat.

Angenommen, aber wahr ist es, daß ein gelber Betriebsrat auf der Grube Pfännerhall in Braunsdorf (Geiseltal) einen Arbeitskollegen fast zum Krüppel schlagen konnte, ohne daß die Betriebsverwaltung ihm ein Haar trümmte. Der Betriebsrat Schick hatte einen Arbeitskollegen bei der Betriebsverwaltung denunziert. Die Folge davon war, daß der Arbeitskollege an

schmutzige, schlechte Arbeiten verlegt wurde. Als dann dieser Arbeiter, Will mit Namen, dem Betriebsrat in ruhigem Tone Vorhaltungen machte über die unwahre Denunzierung, griff Schick den Arbeiter Will gleich bei der Kehle und würgte ihn. Will wehrte den Würgenden denn von sich ab und glaubte, die Mausei sei zu Ende und wollte gehen, als er dann noch einen wuchtigen Schlag mit einer langen Felle in die linke Seite bekam. Will brach dann zusammen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Nach dem Befund des Arztes ist er mit knapper Not an einer schweren inneren Verletzung vorbeigekommen.

Was tut nun die Betriebsverwaltung in diesem Falle? Wäre Schick ein freigeberlicher Betriebsrat gewesen, dann hätte sie sofort gewußt, was sie zu tun hatte. Er wäre dann fristlos entlassen worden und es wären verschiedene Anzeigen gegen ihn erfolgt. Aber in diesem Falle schreit die Betriebsverwaltung nicht nur nicht ein, nein, sie schützt ihre gelbe Sumpfpflanze noch gegenüber der Betriebsvertretung und der Bergbehörde. Wir sind neugierig, wie dieser Fall vertuscht wird und werden noch Stellung dazu nehmen.

Bergarbeiter, merkt euch diesen Fall und wählt, wenn ihr eure Knochen kaputt geschlagen haben wollt, immer fleißig gelbe Betriebsräte als eure „Vertreter“!

† Unsere Toten †

Zahlstelle Witz-Baaf. Am 21. Juni verschied in Witz-Baaf einer von den Helden, der Kamerad Wilhelm Scheber gen. Böckmann. Fast 30 Jahre hat er den Kameraden bei Wind und Wetter die Zeitung ins Haus gebracht. Es war ihm kein Weg zu weit, wenn es galt, neue Streiter für den Verband zu gewinnen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren! Der jüngeren Bergarbeitergeneration aber rufen wir zu: Werdet wie der alte Wilhelm Böckmann und arbeitet wie er im Verbande!

Zahlstelle Alstaden. Am 30. Juni verstarb als Dritter in einem Monat unser Kamerad Paul Klein. Schon in seiner schließlichen Deimat stand er in den vordersten Reihen der Kämpfer für den Verband. Weder Maßregelung noch Not konnten den alten Paul müde machen. Treu hielt er zum Verband und ging immer mit gutem Beispiel voran. Lange Jahre war er unser zweiter Vertrauensmann. Wir ehren sein Andenken am besten, wenn wir in seinem Sinne weiter kämpfen!

Verbandsnachrichten.

Adressenveränderungen.

Eickel I. Kassierer: Johann Keller, Wanne-Eickel, Eintrachtstraße 17.

Bücherevision.

Kamen III. Vom 1. bis 15. August. Mitgliedsbücher bereit halten!

Alle Zuschriften unserer Mitglieder an die Redaktion, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen sein. Einsendungen ohne Zahlstellenstempel wandern in den Papierkorb. Die Redaktion.

Schluß des redaktionellen Teils.

Der Schimmel ist der Feind Ihres Eingemachten, deshalb versäumen Sie nicht, zur Haltbarmachung von Obst, Marmelade, Gelee, Fruchtsäften, Gurken usw. Dr. Dettlers Einmachehilfe zu verwenden. Die gebräuchlichsten Einmacherezepte sind in allen Geschäften, die Dr. Dettlers Fabrikate führen, kostenlos zu haben. Wenn zufällig vergriffen, schreiben Sie eine Postkarte an die bekannte Firma Dr. August Dettler, Bielefeld, die Ihnen dann die Einmacherezepte gebührenfrei zusenden wird.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 4500 Aerzte und Professoren anerkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt, in allen Apotheken.

Preis Mark 1.40.
0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Ac. acet. sal. ad 100 Amyl.



SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

Kaum war ich aus meiner Betäubung erwacht, als eine große Schlange auf mich zukam, der ich aber mit Allahs Hilfe den Kopf zerschmetterte. Dann sah ich, daß das Felsental voll von Edelsteinen war, die die Schlange bewacht hatte. Ich sammelte, soviel ich konnte, in meine Taschen. Als ich den Abhang der Schlucht hinaufkletterte, traf ich freundliche Menschen, die mich aufnahmen und in ihr Dorf führten. Dort fand ich wundervolle Tabakkulturen, und mit dem Erlös der Edelsteine kaufte ich die gesamte Tabakernte, die heute ein Hauptbestandteil meiner geliebten Cigarette ist. Wiederum hat mich Allah wunderbar geschützt und geleitet.

Laßt uns die Sorgen vergessen, liebe Freunde, und erfreut euch an dem Duft der Hüterin allen Friedens, der Trösterin aller Leiden, der uns von Allah geschenkten irdischen Seligkeit, der süß-milden



CIGARETTE
SALEM
AUSLESE



Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich.

